

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 1 Mal und ist durch die Expedition, Neuss Graupenstr. 17/8, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Ort, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessante Beiträge für die wöchentliche Nummer müssen bis Donnerstag 5 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 276.

Mittwoch, den 25. November 1908.

19. Jahrgang.

Erbschaftsteuer ade!

Mit 98 Millionen jährlich hat der Reichskanzler Fürst Bülow die Unterstützung bezahlet, die ihm die Junker in den schweren Tagen der Reichskrise geleistet haben. Der Entwurf eines Nachlasssteuergesetzes, dessen Annahme Herr Eybow erst vor wenigen Wochen in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ als unerlässliche Bedingung für das Gelingen des ganzen Reformwerkes bezeichnete, ist so gut wie zurückgezogen; wenigstens haben die Vertreter der Regierung bisher nicht den geringsten Versuch gemacht, den Entwurf zu verteidigen, sondern sie haben ihn so beängstigt den Anhängern der Reform preisgegeben, daß er jetzt schon als erledigt betrachtet werden kann. Die Reform ist gar nicht mehr in Betracht. Ueber die anderen, den Massenverbrauch und Verkehr belastenden Steuern wird man noch reden, unterhandeln und sich zu verständigen versuchen — die einzige von neun neuen Steuern aber, die den Besitz treffen sollte, ist nach dreitägiger Debatte abgetan und erledigt.

Dieses erste sichere Ergebnis der Reichstagsverhandlungen über die Finanzreform zeigt, daß die Junker wirklich in dieser zweiten Meta Manteuffel die Reichsregentschaft angetreten haben; Fürst Bülow darf weniger denn je wagen, sich ihnen zu widersetzen, und ist er auch einstweilen an Wilhelm's Stelle „absolut“, so ist auch er es bloß unter der bestimmten Bedingung, „wenn er unseren Willen tut“, nämlich den Willen der Junker. Das gibt auch erfreuliche Aussichten für die preussische Wahlreform; wenn die Konservativen schon im Reich die Diktatur üben, wo sie nur eine verhältnismäßig kleine Fraktion bilden, wie müssen sich die Zustände erst in Preußen gestalten, wo von den beiden Kammern die eine zu vier Fünfteln, die andere hart bis an die Hälfte konservativ ist.

Mehr als für die Regierung, die ihre Abhängigkeit von den Konservativen gewohnt ist und es kaum noch spüren kann, wenn die Zügel etwas straffer angezogen wurden, bedeutet der Fall des Erbschaftsteuergesetzes eine Niederlage für den Blockfreiheit. Dieser hat seit den Hollen-tottenwahlen „Machtpolitik“ getrieben, in dem er der elenden Regierung Bülow's alles, was sie haben wollte, mit Pudel-treue apportierte, er wick seinen Finger breit vom Wege der Tugend und der Paarungsgemeinschaft ab aus Furcht, sonst der „nationalen“ Entrüstung zu verfallen und zum Blocktor hinausgeschagt zu werden. Jetzt muß er mit Staunen sehen, daß die Konservativen die „antinationale Arroganz“ so weit treiben, von der Liste der Reichssteuern sofort an die hundert Millionen zu streichen und daß sie demgegenüber doch niemand der „vaterlandstosen Gesinnung“ bezichtigt und daß ihnen niemand von Regierung wegen den Krieg ausfagt. Die Herren Vertreter der verbündeten Regierungen haben ganz andere Dinge zu tun, sie müssen Neben im

Reichsverband still gegen die Sozialdemokratie halten, wie es Herr v. Rheinbaben am letzten Sonnabend tat.

In Wirklichkeit ist der Block schon dadurch auseinandergefallen, daß die Konservativen in dieser entscheidenden Frage ganz offen mit dem schwarzen Zentrum operierten und den Freisinn mit Herrn Eybow allein ließen. Aber wenn die Junker den Block wieder brauchen, soll er natürlich wieder da sein, und wird er wahrscheinlich wieder da sein; denn es hieße die Freisinnigen übersehen, wollte man vor ihnen erwarten, daß sie das „Unannehmbar“, das die Junker der Erbschaftsteuer entgegenschleuderten, mit gleicher Entschiedenheit den vorge schlagenen Verbrauchssteuern entgegenstellen würden.

Für die Sozialdemokratie hingegen bedeutet der rasche Fall der Reichserbschaftsteuer eine glänzende Rechtfertigung ihrer Methoden und einen scharfen Ansporn, den Kampf gegen die schändliche Reichswirtschaft auch auf dem Gebiete der Finanzpolitik bis zum Neufahrten fortzuführen. Wenn die konservative Junkerpartei durch ihr Machtwort einen Regierungsvorschlag zunichte macht, durch den die besitzenden Klassen in geringem Maße zur Tragung der Reichs-lasten mit herangezogen werden sollen — wer hat dann die Sitten, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie die breiten Massen des Volkes vor einer Verteuerung und Verschlechterung ihrer bescheidenen Genußmittel und die bei der Herstellung dieser Genußmittel beschäftigten Arbeiter vor Arbeitslosigkeit schützen will?

Die Regierungsvorlage hatte von den besitzenden Klassen des deutschen Reiches kein Opfer gefordert, das nicht die Besitzenden der andern Staaten schon längst brachten. Außer einigen Kantonen der Schweiz und einem kleinen Teil der Vereinigten Staaten ist Serbien der einzige ausländische Staat, der seine Erbschaftsteuer noch nicht auf Ehegatten und Abkömmlinge ausgedehnt hat. In England trägt die Erbschaftsteuer 382 Millionen Mark, also nicht viel weniger als jetzt hier in Deutschland gebraucht wird, um die Finanzen einzuweilen wieder in Ordnung zu bringen. Wenn jetzt im deutschen Reich eine gerechte Erbschaftsteuer zustande kommt, dann wird sich dieses Reich sagen lassen müssen, daß die unpatriotische Fälschung seiner herrschenden Klassen in der ganzen Welt kaum mehr ihresgleichen findet. Trotzdem sind das lauter nationale Ehrenmänner. Aber wenn die Sozialdemokraten meinen, daß das Volk nicht bloß dazu da sei, immer für die andern zu bluten und zu zahlen, dann beschimpft man sie als Ehrlose, die ihr Vaterland im Stiche lassen, als „vaterlandlose Gesellen“.

Wer bisher noch nicht bemerkt, daß die nationale Moral unserer staatsbehaltenden Parteien eine Moral mit doppeltem Boden ist, muß es jetzt bemerken, denn so offen wie diesmal

ist das alte Taschentuchstück noch nie gespielt worden. Seit dem Eintritt der Reichskrise und ihrer vorläufigen Erlebigung nach konservativen Vorschriften glaubt das Junkertum es sich leisten zu können. Dieses Reich hat keinen Kaiser, von dem es regiert wird, noch ein Parlament, das etwas zu sagen hat, sondern nur einen Kanzler, dem jeder Tag, den er leben darf, von der konservativen Hoflique geschenkt ist. So darf sich denn der Junker reden und strecken: Einer nur ist Herr im Reich und das bin ich!

Politische Uebersicht.

Der neueste Interview-Streit. Die New Yorker Zeitung „World“ hat den Text eines sehr amüsanten Kaiser-gesprächs veröffentlicht, welches nach den Versicherungen des amerikanischen Matthes mit dem unterbrochenen Interview des „Century Magazine“, wofür das Reich 200.000 Mark zahlte, identisch sein soll. Die „World“ vertritt die Echtheit ihres Textes zu beweisen, indem sie eine Photographie der angeblichen Korrekturfahnen bringt, dessen Korrekturen von der Hand des Herrn Hale herrühren sollen. Dieser erklärt dessenungeachtet, der von der „World“ veröffentlichte Text sei nicht der richtige, und ebenso verweigert die deutsche Regierung wiederholt, jetzt sogar im „Reichsanzeiger“, die Angaben der „World“ seien haltlose Erfindungen. Hin-gegen glauben einige englische Blätter an der Annahme festhalten zu müssen, daß der von der „World“ mitgeteilte Text durchaus authentisch sei, abgesehen davon, daß ein paar besonders schöne, den Vatikan betreffende Stellen unterdrückt worden seien.

Nun ist es gewiß nicht ausgeschlossen, daß das Dementi des Reichsanzeigers auf Wahrheit beruht und daß die Sonntags-plauderei des „World“ nicht von Wilhelm II., sondern von einem amerikanischen Humoristen stammt. Aber unterhaltsam ist es doch zu sehen, wie die plötzlich wieder staatsbehaltend und loyal gewordene bürgerliche Presse, die Hände über dem Kopfe zusammenschlägt vor sittlicher Entrüstung darüber, daß dem Kaiser Neufahrungen, wie sie in der „World“ stehen, in den Mund gelegt werden. Da wird z. B. erzählt, Wilhelm II. habe den Krieg der Engländer gegen die Turken eine unehrliche und gottlose Sache genannt, für die der liebe Gott England schon strafen werde. Das Schicksal Frankreichs habe er (Wilhelm II.) in der Hand, die Allianz der Engländer mit den Japanern sei schändlich, wenn ein europäischer Krieg ausbrechen sollte, so wäre es besser früher als später, Amerika müsse mit Deutschland gehen, und dabei werde Deutschland Ägypten nehmen und das Heilige Land von den Ungläubigen befreien. Die wohlgesinnte bürgerliche Presse, die doch das „Daily Telegraph“-Gespräch noch einigermaßen in Erinnerung haben sollte, tut geradezu erbittert darüber, daß man in Amerika dem Kaiser zulaut, er habe sich so ausgedrückt. In Wirklichkeit besteht

Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Karl von Soltel.

Die nachfolgende Beziehung, welche der Deklamator in diesen Versen zu sich, zu seinem eigenen und Admilla's Schicksal entwirft, ergriß ihn tief. Sein Vortrag gewann durch innige Wärme, und als er gar an Admilla's Gelübniß kam: „Sprich nicht von dem, was ich für dich gethan, Sprich dich gethan. Ich tat, was mir mein Herz gebot, Tats für mich selbst, der zehnjähriger Tod Nicht bitter ist, als ohne dich zu leben. Was unser Schicksal ist, hilft deine Liebe mir, Hilf meine Liebe dir ertragen; So schwer es ist, so unerträglich! — Hier Ist meine Hand; ich will's mit Freuden tragen!“ Da entlockte gerührte Begeisterung seiner Brust jene Lüge, womit er schon in der Pausenpause Manège, womit er in Flaumens und Kreations ultima Thule die Herzen bewegt und erschüttert hatte.

Vater Saydn erwog nicht, welche Anwendung gerade diese Ziehe der epischen Dichtung auf den Redner und dessen Begleiterin gestalte, und wieviel desto diese des Vortrags Wirkung gewinnend habe. Er tauchte dem Wahlsinn wie ein echter Musiker, der er war — der ihm seine Lieblingspoesie lebendig zu Gehör brachte. „Ja“, rief er freudig aus, „das ist Müßel der Sprache; das tut wohl!“ — und als er weiter schaute, gleiche Anerkennung, gleich freudige Zustimmung in den Jüngern der andern zu suchen, bemerkte er mit Entsetzen, daß diese teils Verlegenheit — denn Fuchs und Schmidt senkten die Blicke — teils Verächtheit zeigten — denn Admilla neigte. Sein armes liebevolles Gemüt beherrschte folgende, die arme Frau zurückgeleitet zu haben, und er sprach ihr munter zu: „Na, lauterer Weiber, erik haben wir die Müßel der Sprache vernommen, jetzt wollen wir auch die Sprache der Müßel hören. Jetzt werden Sie uns ein Lied singen. Meine Herren Kollegen haben mir alles Schöne gesagt von Ihrer Stimme! Was nehmen wir denn vor? Wen haben Sie recht gern als Kompositen?“

Wulf gedachte ihr eine Verlegenheit zu ersparen. Er antwortete für sie: Die Frage dürfte nicht leicht ein anderer wagen, außer Joseph Saydn selbst. Aus jedem fremden Munde wäre sie Lächerung. Ihm kommt keiner gleich! Wrauf der Meister erregnete: „Wie kann man doch mit einem so herrlichen Organ derlei Unmuthheiten sprechen? Wollen Sie mir schmeicheln? Tun Sie das nicht, lieber junger Freund, damit mir Freunde bleiben; denn Sie gefallen mir ausnehmend wohl. Na, ja, ich hab' recht gute Sachen geschrieben, nicht allein für Instrumente von Menschenhand, auch für das Instrument, welches unumkehrbar aus Gottes Hand gefertigt wird, für die vogelhumane Ich selbst das, andere beständigen mir's, und ich will's nicht. Aber darum hab' ich mich weder für

unselbar, noch für unbertrefflich. Denn wie weit bleib' ich zurück hinter unsem großen seltsam Mozart! Du mein Kumpel, seine Opern und meine Opern! Hier in Eisenstadt nehmen sie sich wohl brav aus, enthalten auch tüchtig gearbeitete Nummern, aber wie lange werden sie dauern? Glaubst du mir: wenn meiner Theaterkompositionen keine Seele mehr gedenkt, werden Mozarts unsterbliche Werke noch die ganze Welt erzüden. Ach, könnt ich den musikalischen Verstand, die reine Empfindung, womit ich sie erfasse, doch allen Leuten einprägen, besonders den schwer- und harthörigen hohen Herrschaften! Müßel ich doch tun können bei jedem Gelegen! Ich hab's damals seinem Herrn Vater gesagt und ich sag's noch in meiner Todesstunde vor Gott und Menschen als ehrlicher Mann, daß ich ihn, Wolfgang Amadeus Mozart für den größten Komponisten anerkennel! Müßel über Mozart!“

Die Augen glänzten ihm, da er diesen Ausdruck tat. „Und ich“, rief Schmidt feurig aus, „ich erwidere Ihnen darauf mit Mozarts eigenen Worten! Keiner von uns kann alles wie Vater Saydn, und eines wie das andere gleich gut.“

Saydn hielt das Taschentuch vors Gesicht und schluchzte: „Das ist wahr, das hat er manchmal gesagt, der gute Mozart, denn unser Herrgott die himmlische Gütegüte verleihen wollte; denn von der irdischen ist ihm mit gar viel beschieden gewesen.“ „Und gestanden Sie mir“, fing Schmidt noch einmal an, „mir, dem geborenen Weinmaraner, daß ich auf einen Lichtpunkt hinweise, der manche trübe Wolken, wie deren gerade jetzt so düster und dick über Deutschland hängen, streicheln durchdringt. Na, bin lebendiger Zeuge gewesen von dem hehren, heiligen Bündnisse zwischen Schiller und Goethe, sah als Knabe schon, wie es sich schlang zu gegenständlicher Gedung, Anregung, belehrender Anerkennung, wie es sich dauernd behaltete. Ich erlaube mich jetzt an dem Bewußtsein, daß es heute noch besteht, Müßel, welche herrliche Früchte bringt. Dieser harmonische Zusammenhang unserer größten Dichter stünde in gesamter Literatur- und Kunstgeschichte einzig da, gab es nicht im Reiche musikalischer Harmonien etwas Ähnliches. Wie Goethe und Schiller einer den andern ohne Reich des Kranzes würdig achten, so schmidten unsere zwei größten Komponisten einer des anderen Haupt. Wie Goethe über Schiller, wie Schiller über Goethe urteilt, so Saydn über Mozart, und Mozart über Saydn. Mozart ist unsem Land voranzugehen ins Land ewiger Melodie; wahrlich Müßel wird Goethes Kleinkonstitution unsem tränkenden Schiller weit überleben. Wie Vater Saydn zu seinem verkörerten Mozart aufblickt, so wird Goethe dereinst sein Götterauge zu dem Freunde ausschlagen, der hinterden schon geistig verklärte unsterblichste. Des zum Zeichen, zur hörbar symbolischen Weise lassen Sie, teurerer Kapellmeister, unsere in de Apstrantra ein Liedchen singen, welches Goethe schuf, welchem Mozart die Waibe gab, damit der Lebende und der Vorangegangene in dieser Stunde beide zu uns sprechen.“ Saydn ergriff ein Notenblatt und legte es am Klavier auf, vor dem er Platz nahm. Da's

Strophe zwar mit Jütern und Jagen: „Du Weibchen auf der Wiebe stand“.

So hatte sie niemals noch gesungen. Der Ranget an Schule und Teufel verschwand vor dem Gauche des Gefühls Worte: „Und herb' ich gleich, so herb' ich doch durch sie.“ ergriffen sämtliche Hörer. Sogar Wulf, der bisher ungläubig freudig, ohne ein erwachsenes Talent. Saydn nickte ihm freudig zu: „Das Weibchen muß halt erst lernen, aber auch verlernen! Hat allerdings Uniformen. Das macht aber nichts, im Fond ist da. Nur hübsch arbeiten, reinen Rasch bekommen, fleißig Stalen jagen und nicht alles auf einmal herausgeben. Ich bin ganz hollent! An Gefühl fehlt's nicht. Im Segens, viel z'viel G'fühl! Die Tränen sollen im Herzen bleiben, dürfen der Sängerin mit in die Seele kommen, sonst verjuckt und verflucht sie sich. Na, der Fuchs wird's schon machen, wird sie Müßel selbsterlassen lassen. Und alle Wochen ein paar Mal wollen wir bei mir zummentommen, wollen eine kleine Opernpartie miteinander durchnehmen, damit wir heuer noch, geliebt's Gott, auf die Bretter hinausgehen können. Das verleiht Courage zum Weiterstudieren. Courage wird's Weibchen brauchen und Geduld. Darf nicht abspringen, muß fest bei ihrer Sach' ausharren, sonst wird's mir mehr, mir recht. Ist halt schon ein bißel spök. Die Matthes draußen im Reiche haben ihr Geld mit Sünden ver-dient, haben's nicht verstanden, eine Stimm' auszubilden. In v'er bilden, ja, da treffen's! Na der Fuchs wird's schon machen. Und Sie, mein Schatz, fuhr er zu Wulf dann fort, steht Sie ihr bei, ermuntern Sie die liebe Frau, machen Sie ihr die Zeit angenehm. Besonders halten Sie darauf, daß Sie immer heuchel und rein artikuliert. Dafür sind Sie ja das beste Weibchen, weil Sie so herrlich reden. O, die dramatischen Säng-er müssen gar nicht wollen meist gar nicht wissen, wieviel von einem vortrefflichen Redner zu profitieren ist! Sie wollen, wann die Löhne nur recht herausgeschrien werden, wann mir da-herausgehörig agurgert wird, nachher kommt's auf ein Maul- ball einzelner Sitten nicht an. Und unsere Kompositen unter-schieden die schlechte Gewohnheit, lassen wichtige Worte unter den Füßen fallen. Freilich wohl, die Herren Dichter, die für Kom-position schreiben, nehmen's auch nicht gar genau. Der selige Mozart klagte darüber auf seine lustige Weise und sagte: Ich will's nicht, was ich unsere deutschen Dichter denken? Wenn sie schon das Theater nicht verstehen, was die Opern anbelangt, so sollen sie doch wenigstens die Reize nicht reden lassen, als wenn Schöne vor ihnen stün-den. Na, ha, ha, das hat sich seitdem wohl auch gebessert. Aber es soll damit immer besser werden. Guten Worten soll der Opernschreiber kräftigen Schwung verleihen, und der Sänger soll Ehren erhalten. Darin können Sie viel an, Herr Wulf, Sie die liebe Jünger. Sie können aber auch viel tun für mich, wenn Sie mir bisweilen eine Stunde schenken und mir etwas Gutes vorlesen. Ihr Vortrag wird mich zur Tätigkeit anregen, und die Melodien werden mich in Fluß kommen, wenn Ihre Stimme in meiner Seele nachklingt. Na, Müßel Gott, Amen.“

wie gesagt, kein Grund, das amilche Dementi der deutschen Regierung für wahrheitswidrig zu halten, es besteht aber andererseits wohl kein Grund anzunehmen, daß sich Wilhelm II. nicht so ausgesprochen habe, wie er sich nach der "World" ausgesprochen haben soll.

Allerdings befindet sich ein Reich, das Mittelungen wie die der "World" festerlich dementieren muß, in keiner beneidenswerten Lage; es muß jetzt die ganze Unerfreulichkeit der Situation auskosten, die durch die Unterdrückung des Kaisergesprächs mit dem amerikanischen Journalisten Hale geschaffen worden ist.

Diese Unterdrückung, die 200,000 Mk. aus Reichsmitteln kostet, gehört zu den Genieleistungen der deutschen Diplomatie. Der Inhalt des Kaisergesprächs mit Hale ist natürlich allen ausländischen Kabinetten genau bekannt und kann in jedem Augenblick, der den Gegnern Deutschlands passend erscheint, gegen das Reich ausgespielt werden. Erfolgte die Veröffentlichung, so war diese Waffe verbraucht, legt aber wieder das un veröffentlichte Kaiserinterview eine Quelle dauernder Unruhe und Gefahr.

Der Einzug des Prinzen August Wilhelm und seiner Frau in Potsdam soll feierlich gestaltet werden. Bei derartigen Anlässen haben sich die Innungen stets an der Spalierbildung beteiligt. Diesmal sind die Vertreter der Innungen nach langen Verhandlungen dahin schriftlich geworden, an dem Empfang nicht teilzunehmen, weil bei der herrschenden Stimmung eine starke Teilnahme aus Innungskreisen nicht zu erwarten sei.

In 6 Versammlungen mit der Tagesordnung „Kaiser, Kaiser und Volk“ wurde Sonntag Abend in Steilkin von ca. 5000 Personen gegen das persönliche Regiment durch eine scharfe Resolution protestiert.

Die „Washington-Post“ teilt mit, Kaiser Wilhelm habe 1905 zu sechs Kongreßmitgliedern, die nach der Brückeler interparlamentarischen Konferenz eine Audienz bei ihm hatten, gesagt, er erwarte für Amerika eine wahre Weltmachstellung; er hoffe aber auch, daß der Kongreß Roosevelts Flottenpläne unterstütze.

Für die nächste Kaiserreise nach Korfu im Frühjahr ist vorgesehen, daß der Kaiser von Bremerhaven aus seinen Weg nehmen und dem König von Spanien einen Besuch abstatten wird.

Ein Hausen gekränkter Patrioten, allbeidliche Schreier und Sabelträhler, fanden sich nachträglich noch in Leipzig zusammen, um sich ordentlich die Seele abzuräumen über den „Zusammenbruch der reichsdeutschen Politik“. Da die Rede des Rechtsanwalts Clay-Mainz, der das Thema bearbeitete, auch manche zutreffende Wendung enthält, geben wir einiges daraus auszugswise wieder. Der alldeutsche Herr führte aus:

Das gesamte deutsche Volk hat alle Verantwortung, an seine Brust zu schlagen und zu sagen: Meine Schuld, meine größte Schuld! (Lebhafte Zustimmung.) Die deutsche Presse hat bis auf einige verschwindende Ausnahmen (welche denn?) bis zu den jüngsten Vorgängen nicht daran gedacht, die Missethäter des persönlichen Regiments an das Volk zu ziehen, sondern sie hat immer so getan, als ob das Volk mit allem einverstanden sei, was von oben geschah. Nur wenige Mitteilungen (welche denn?) haben den neuen Kurs bekämpft. Auch die deutsche Volkspresse hat ein großes Maß von Schuld auf sich geladen. Die Zeit ist noch gar nicht so lange her, als der Generalspräsident Ballestrin im Reichstage nur die Besprechung solcher kaiserlicher Reden zuließ, die im „Reichsanzeiger“ gedruckt worden. Daraus hatte sich der Reichstag selbst zum Schweigen gezwungen und die Folge dieses Schweigens war, daß auch aus der Volkspresse heraus die Wahrheit nicht an die höchste Stelle gelangte. (Sehr richtig!) Das für die deutsche Volkspresse gilt, gilt auch für die Spitze der großen Kommunen. Sowohl konservertive wie freisinnige Oberbürgermeister überboten sich bei den Begrüßungen des Kaisers mit Ueberhöflichkeit und übten nicht das Maß der Würdevollhaltung, das im Interesse ihrer Würde erforderlich gewesen wäre. (Sehr richtig!) Aber auch genau um selbst wollen wir gerecht sein und zugeben, daß wir häufig von der Bahn, die Wahrheit kund zu tun, aus Opportunismusgründen abgewichen sind. Wir sehen in unserem öffentlichen Leben überall einen Mangel an Mut, an Selbstbewußtsein und Aufrichtigkeit. Das deutsche Volk (das ganze?) fand alles herrlich und gut, was geschah, es sah überall Fortschritt selbst in einer Zeit, in der wir fast Fortschritt in allen Gebieten rückwärts machten. (Sehr richtig!) So haben wir (was?) in einer Zeit der Lüge gelebt, die durchbar auf uns lastete. Diese fürchterliche Lüge ist jetzt zerstört und das ist ein unbeschreibliches Glück für das deutsche Volk und für seinen Kaiser. (Lebhafte Zustimmung.) Mit einer unerhörten Einmütigkeit haben der Reichstag und die Presse bei der Erörterung der bekannten Vorgänge gearbeitet und wir wollen daher diesen wichtigen Faktoren des öffentlichen Lebens unseren herzlichsten Dank aussprechen. (Lebhafte Zustimmung.) Der deutsche Reichstag und die deutsche Presse haben sich mit ihrer tapferen Haltung in jenen Tagen ein unbeschriebenes Verdienst erworben und wir wollen nur hoffen, daß Gutes daraus erwächst. (Beifall.) Wir wollen aber auch hoffen, daß nun, nachdem der Sturm ausgetobt hat, nicht die Meinung aufkommt, es sei jede Gefahr geschwunden, sondern daß Verzicht und Nachsicht gelöst werden. Die Kaiserkrone ist befestigt, hoffentlich wird auch die Kaiserkrone befestigt werden, die Kaiserkrone in dem Sinne, daß auch die allerhöchste Stelle aus dem, was in den letzten Tagen geschrieben und gesagt worden ist, die Lehre zieht, daß eine Krone sich aufsetzen sollte jenseits der und dem Volke, daß es nicht nur Sache des Kaisers ist, diese Krone zu überbrücken, sondern auch die Sache des Kaisers. (Lebhafte Zustimmung.) In jedem freien Verhältnis gehören zwei. Auch das Verhältnis zwischen Kaiser und Volk beruht auf Gegenseitigkeit und auf gegenseitiger Verantwortung. (Lebhafte Zustimmung.) Das persönliche Regiment hat sich nach Ansicht des Alldeutschen Verbandes aber nicht auf das Gebiet der auswärtigen Politik beschränkt, sondern hat auch auf dem Gebiete der inneren Politik schwere Schäden verursacht. Die Reichen wurden bevorzugt, die Unterschmeibigen geächtet, die Charakterlosen und Geigen verhöhnt. Wir dürfen die Augen davon nicht verschließen, daß der innere Kern des deutschen Regiments in den letzten zwanzig Jahren schwer gelitten hat. (Sehr richtig!) Man ist niemanden zu nahe, wenn man sagt, daß einem erheblichen Teile der deutschen Bureaucratie unter der Einwirkung des neuen Kurzes das Rückgrat gebrochen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Das faucht vor als neue patriotische Männer und wir fügen hinzu, daß sich eine Gefährdung der Reichsangelegenheiten hatte, die zwar beschränkt wurde, die aber unbeschreiblich ist. (Lebhafte Zustimmung.) In solchen schweren Zeiten aber kann das Volk verlangen, daß dort oben nicht Günstlinge, sondern Männer stehen. (Zustimmung.) Das von den

demokratische hat seine Ursachen in Erscheinungen, die mit persönlichen Regimenten im Zusammenhang stehen. (Sehr richtig!) Wenn unten nicht erst die Sorge vorhanden wäre über die Stellung unserer Politik, so würde die Sozialdemokratie nicht über 3 Millionen Wähler verfügen. (Sehr richtig!) Auch das Verhältnis der Bundesstaaten untereinander und zum Reich ist in diesen zwanzig Jahren nicht gefördert worden. Die Behauptung von der Reichsverfassung ist bei uns nicht ganz ohne Grund. Zum Gebelien des Reichs gehört ein Zusammengehörigkeitsgefühl der deutschen Dynastien, die sich einsehen müssen mit dem Kaiser nicht nur, weil er das in der Verfassung vorgesehene Oberhaupt ist, sondern in dem sie ihren unerschütterlichen und treuen Freund erblicken müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Reichstag, der nun einmal vor aller Öffentlichkeit steht, ausfallen hat, darf nicht überkleinert werden, es muß ganz ein Arbeit gemacht werden. (Stürmischer Beifall.) Es ist ein falsch verstandener Royalismus, wenn die Kaiserfamilien, jetzt schon Schluss verlangen und so tun, als ob mit einem Kaiserwort schon alles auf den Stand der Dinge vor 1890 geführt wäre. Ich möchte gerade die königliche gestimmte Preußen darüber warnen, denn sie erweisen damit dem preussischen Königtum keinen Dienst. Der Kaiser mußte la annehmen, wenn ihm niemand entgegentrat, daß alles gut und schön war. Ueberall, wo er auftauchte, jubelten ihm die Massen zu und jede Stadt machte den Weg zu einem Festtag, an dem der Kaiser in ihren Mauern weilte. Da ist es ja nicht zu verwundern, wenn der Kaiser, der in einer fremden Welt lebte, dem die gesamte Öffentlichkeit etwas vorgefalte, den Ueberblick über die Politik verlor. (Sehr richtig!) Das muß ausgesprochen werden um der Gerechtigkeit willen.

Dann allerdings schwenkte der Redner um und wandte sich gegen alle gesetzlichen Beschränkungen des persönlichen Regiments. Er will kein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, keine Wahl des Reichskanzlers durch den Reichstag, er vertritt die Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Parlament. Ein gutes Volk und ein guter Kaiser, die werden's schon machen, auf einmal ganz anders machen als bisher.

Die Sozialdemokratie aber kann sich wenigstens von dieser Mission frei wissen. Sie hat die Hundebemut der Presse und der Behörden nicht mitgemacht und sie hat Mut und Selbstbewußtsein genug gehabt, den Kaiser zu kritisieren, als noch Monate und Jahre Gefängnis dafür in Aussicht standen! Die Sozialdemokratie allein wird auch in Zukunft aufrecht stehen, wenn all die Ereignisse der letzten Tage vergessen sind und alles wieder auf dem Wege friedt.

Ein preukischer Mantel für den deutschen Reichstag.

Die konservativen preukischen Reichsregierer haben die Offenheit ihrer Sprache und die Entschiedenheit ihres Kommandotons wiedergefunden. Die „Kreuzzeitung“ stellt jetzt den vollständigen Sieg ihrer autokratischen Staatsauffassung triumphierend fest, indem sie schreibt: „Wäre er (der Kaiser) der schwache Regent, den die Demokratie sich wünscht, so hätte er auf den Ruf nach neuen verfassungsmäßigen Garantien nicht kühl ablehnen und geantwortet, daß er die zu Recht bestehenden verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten wahren wolle.“ Obwohl die angebliche kaiserliche Antwort also als eine „kühle Ablehnung“ der Volkswünsche anerkannt wird, soll es der Volkspresse, dem Reichstag, nicht erlaubt sein, diese Antwort in die Debatte zu ziehen, denn jetzt habe der Kaiser, der als preukischer König „von Gottes Gnaden“ ist, selbst gesprochen und damit ist für die „Kreuzzeitung“ die Sache entschieden. Sie schreibt:

„Eine so unerschütterliche Kritik, wie sie von einzelnen Rednern im Reichstage an der Person des Kaisers geübt worden ist, ist für das preukische Gefühl tief verletzend, sie wäre im preukischen Lande ganz unerträglich.“ Nachdem die Anleghenheit nach der persönlichen Seite erledigt ist, erwarten wir mit Sicherheit, daß auch der Reichstag sie nicht wieder berührt. Die Vermählung der Sozialdemokratie, bei Beratung ihres Antrages auf Erlass eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes die Person des Kaisers wieder in die Debatte zu ziehen, müssen bestritten werden. Sollte der Reichstag, was wir nicht glauben, noch einmal das monarchische Empfinden der Preußen auf eine so starke Probe stellen, so würde Preußen Garantien zum Schutze der verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers gegen den Reichstag verlangen, nicht umgekehrt.

Die „Kreuzzeitung“ treibt wieder genau dasselbe verwerfliche Spiel, wie sie es vor 50 Jahren in der ersten Vera Rantappel mit Friedrich Wilhelm IV. trieb. Auf der Hoftrappe Augenzwinkern, Spott und der Klatsch „auschweifender Gerüchte“ — auf offenem Markte monarchische Gestinnung und preukisches Gefühl. Der Pöbel soll glauben und nichts merken.

Alle bürgerlichen Parteien stehen mit den Junkern im Komplott gegen die Wahrheit und gegen die Redefreiheit des Reichstags. Der sozialdemokratischen Fraktion fällt die schwierige Aufgabe zu, diesen eisernen Ring des Volkswagens zu brechen und wir zweifeln nicht daran, daß sie ihre Pflicht ohne Schwanken und Bedenken erfüllen wird. Man darf wohl ohne Uebertriebung sagen, daß sich die Augen nicht bloß der Arbeiterklasse, sondern des ganzen deutschen Volkes jetzt auf die sozialdemokratische Reichstagsfraktion richten, auf die einzige parlamentarische Gruppe, bei der die Wahrheit eine Stätte hat und das Empfinden für die Würde der Volkspresse lebendig ist. Offen zu reden ist heute nötiger denn je, und solange Sozialdemokraten im deutschen Reichstag sitzen, wird es nicht gelingen, die Stimme des Volkes zu ersticken trotz aller Drohungen der Junker.

Zwei gebiegene Kerle. Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht folgende Zuschrift unter der Ueberschrift: Genug des grausamen Spiels:

„Das ist in den letzten Wochen geredet und wieder Drucker schwärze ist vergendet worden! Wie groß fände das deutsche Volk da, wenn anstatt der vielen Reden in den nationalen Zeitungen einander hätte: „Das deutsche Volk steht hinter seinem Kaiser.“

Herrn v. Odenburg danke ich hier öffentlich für seine Worte im Reichstage. Der frühere Hofprediger Reder sagte in einer Predigt: „Gott schaffe in unserem Volke mehr Selber und weniger Richter.“ Dies ist auch mein Wunsch!

Diesem Herrn Odenburg ist das „Hinter dem Kaiser stehen“ ja von Jugend an eingebrüllt worden, man kann ihm also keine komische Figur verzeihen, wenn ihn auch niemand einmal sich damit dem öffentlichen Gelächter preisgeben.

Er findet übrigens einen gleichartigen Kameraden in unserem Schuppenleiter-Professor v. Wendt, der folgende Weisheit zum besten gibt:

„In der Beurteilung der Veröffentlichung des Daily Telegraph“ und ihrer Aufnahme in Deutschland wird die spätere Geschichtsforschung ein sehr günstiges Urteil für den Kaiser und ein sehr ungünstiges über das deutsche Volk fällen.“

Auch Herr v. Wendt ist ja soweit, daß er seinen Ruf nicht mehr verderben kann — er ist schon ganz unten auf der Stufenleiter.

Die Weihnachtsferien der Parlamente sollen dieses Mal länger dauern als sonst. Die Ferien dürften sowohl im Reichstage wie im Abgeordnetenhaus am 11. oder 12. Dezember ihren Anfang nehmen und am 12. Januar ihr Ende erreichen.

So wenig als möglich Einfluß der Volksvertreter, das ist bei uns noch immer die Parole.

Eine Arbeiterdeputation bei von Bethmann-Hollweg. Eine Deputation von 7 englischen Arbeitern wußte g. B. in Berlin und wurde vom Staatssekretär des Innern, von Bethmann-Hollweg, empfangen. Die Deputation gebot 14 Tage in Deutschland zu bleiben, um die Handhabung der deutschen Sozialgesetz, die Wohlfahrts-Einrichtungen und die gewerblichen Schulen zu studieren.

Zum Unglück auf Rabob. Im preukischen Abgeordnetenhaus haben die Freikonservativen folgenden Antrag eingebracht: Die Regierung zu ersuchen, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf zur Änderung des allgemeinen Berggesetzes einzubringen, durch den erstens die Verantwortlichkeit der Betriebsbeamten schärfer abgegrenzt und die Verantwortlichkeit der Werkbesitzer und ihrer Vertreter (Generaldirektoren, Direktoren usw.) des näheren geregelt wird, zweitens nach dem Vorbild der in den skandinavischen Bergwerken bewährten Einrichtung, Mitgliebere der für die einzelnen Bergwerke nordbunden Arbeiterausschüsse die Befugnis bezeugt wird, die Grubenbaue zu befehlen, und bei der Kontrolle der für die Sicherheit der Bergarbeiter zu treffenden Maßregeln mitzumischen.

Die Annahme von ständigen und hienersmäßigen Arbeiterkontrollen soll durch diese Kommissionen herbeigeführt werden.

Eine neue Einnahmequelle für den preukischen Staat. In der „Post“ Zeitung wird ein Vorschlag darauf v. B., daß der preukische Staat mit Leistungkeit 30 Millionen Mark mehr Einnahmen ohne neue Steuern erzielen könne. Die Jagden in den Staatsforsten sind den königlichen Oberforstern in der Weise überlassen, daß sie für jedes erlegte Stück Wild eine geringe Abgabe an die Staatskasse zu leisten haben. Dadurch kommt es, daß die preukischen Staatsforsten, die ein Areal von 2,8 Millionen Hektar umfassen, eine Einnahme aus der Jagd von bloß 10 Pfennig pro Hektar ergeben. Aus den Gemeindevaldungen im Taunus, die rings von Staatsforsten umgeben sind, ziehen die Gemeinden dagegen rund 13 Mark pro Hektar aus der Verpachtung der Jagd. Wenn Preußen die Jagd in den Staatsforsten ebenfalls an Jagdliebhaber verpachten würde, so würden sich mindestens 30 Millionen Mark mehr Einnahmen erzielen lassen. Die Regierung ist deshalb gegen diesen Vorschlag, weil ihrer Meinung nach die Oberforster die Fremde am Wald verlieren würden, wenn ihnen die Jagd genommen würde.

Eine Notstandsaktion eigener Art haben die Spigen des sozialistischen Gemeinderates der Arbeiterstadt Wülhausen L. E. eingeleitet. In der auf dem Rathause erschienenen Deputation einer von über 400 Arbeitlosen besuchten öffentlichen Versammlung äußerte der städtische Beigeordnete für soziale und Arbeiterfragen, ein „Demokrat“, er werde in Sachen der Notstandsarbeiten im Gemeinderat wegen der schweren finanziellen Folgen „bremsen“; und der städtische Beigeordnete für die Pausangelegenheiten, ein Zentrumsmann, bestritt unter Berufung auf die Einkünfte im städtischen Arbeitsnachweis den Umfang der Arbeitslosigkeit. Als darauf die Arbeitslosen sich massenhaft im städtischen Arbeitsnachweisbureau für die angeblich in Aussicht genommenen Notstandsarbeiten einzureihen lassen wollten, wies man sie dort bündig ab. Angesichts dieser offenkundigen Verhöhnung haben die Arbeitslosen mit dem Demonstrationsmittel der Straßennummern ange begonnen. Die dreifach herausfordernde Haltung der reaktionären bürgerlichen Stadtverwaltung ist um so bemerkenswerter, als vor einigen Monaten bei Gelegenheit eines offiziellen Empfangs des kaiserlichen Statthalter's Grafen v. S. d. e. l. nach Mitteilung der gemeindefürsorglichen „Neuen Wülh. Ztg.“ gegenüber dem Bürgermeisterei der Hoffnung Ausdruck gegeben hat, daß die nun wieder maßgebenden bürgerlichen Parteien die Gemeindefürsorge im fortschrittlichen Sinne lenken und insbesondere den Arbeiterfragen ihre Fürsorge zuwenden würden.

Richter und Staatsanwälte gegen einen Minister. Die organisierten städtischen Richter und Staatsanwälte haben Protest gegen den städtischen Finanzminister Dr. Krüger erhoben. Der Finanzminister habe die Agitation der Richter für höhere Gehälter unbeschrieben und beheblich genannt. Die Richter und Staatsanwälte verpflichten darin eine Zurechtweisung, gegen die sie ausdrücklich Verwahrung einlegen, weil solche Äußerungen den Richterstand herabsetzen.

Neuer Unternehmerrverband. Mit dem 1. Januar wird der neugegründete Schutverband der Arbeitgeber im Schlossergewerbe Deutschlands seine Tätigkeit aufnehmen. Der Verband will seine Mitglieder bei Arbeitsstellenmangel und Werkschließungen unterstützen und auch eine Kasse zur Entschädigung bei Streikschäden gründen.

Die Wertzuwachssteuer in Württemberg. Der württembergische Minister des Innern teilte mit, daß die Regierung einen Gesetzentwurf anarbeite, der die Wertzuwachssteuer als fakultative Gemeindefürsorge zum Gegenstand habe.

Der Kriegsminister klagt. Der freie Arbeiter“ Strafanzug gestellt, weil ihm das Blatt Demagogie vorgeworfen habe.

Freiwillig und Arbeiternotstand. Das Königsberger Gewerkschaftsblatt hatte sich — gefügig auf umfangreiches Entschädigungsmaterial über den herrschenden Krisen-Notstand — an die Stadtbehörde mit einer Reihe Forderungen, wozu die Forderung des Notstandes gewandt. Es wurde verlangt, Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen, Mietzuschüsse an Arbeitslose zu zahlen, arme Schulkinder zu speisen u.

Die freiwilliche Stadtverwaltung in Königsberg hat am Donnerstag alle diese Wünsche abgelehnt. Man könne eine anerkennungsbildige Arbeitslosigkeit nicht anerkennen, und überdies könnten die Arbeitslosen doch auf Land gehen, wo Arbeitermangel herrsche.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm eine Resolution an, in der dieser Standpunkt zum Ausdruck kam, und die sich mit der Absicht des Magistrats, im Notfalle Arbeitslose mit Erdarbeiten zu beschäftigen, einverstanden erklärt.

Die Verderbtheit der Welt zur Zeit der Sintflut und jetzt. Herr Huber, Dekan und Stadtparier in Schwanden hat in der Linger „Volks- und Quartalschrift“, unter Redaktion der Professoren der theologischen Fakultät, DD. Gintmar u. Fuchs, eine recht rassistische Sprache über die Sintflut der Juden und Sozialdemokraten in der Gegenwart. Er hebt an: „Die damals waren eine liebliche Bande, — so recht Naturvolles im vollen Sinne des Wortes; aber in der raffinierten Unfittlichkeit und naturwidrigen Schamlosigkeit reichten sie nicht an den Sumpf unserer Zeit heran; damals waren viele Götter, in der Schrift werden sie Giganten geheißen und vrie famos, berühmte Kerle! — aber sie waren doch Kewerge gegenüber den Giganten unserer Zeit.“ U. der Presse unserer Juden und Brüder von Schurzfeld und Kelle, und ihres treuen Volkes; der Kosen! Ihre Lämmer schlagen wild um sich und gemalt, mer ihnen das Wasser kam, brachten es aber doch kaum aus, wie

der Herr Bierzeller sagt: „Er hat's verdrückt und er hat's dem...“

Dem ostpreussigen Pöcker Huber ist es wahrscheinlich gegen den...“

Mit welcher bläsiertem Schwunz gewisse Kreise auf den...“

Von den eingegangenen Besuchen entsprechen die meisten nicht...“

„Von den euaen Besuchen sind nur zwei richtig, und...“

Es ist die Hochachtung vor Bildung und Wissen, die in solchen...“

Das persönliche Regiment der Deutschen Reichs...“

Die Broschüre enthält den stenographischen Bericht über die...“

Ausland.

Griechentumulte in Konstantinopel. Wegen verschiedener...“

Arbeitslosen-Fürsorge durch den Schweizer Bund...“

Kockefeller vor Gericht. In der Verhandlung des Pro...“

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 24. November.

Ein glänzender Sieg

wurde von unseren Genossen in Gottesberg bei...“

Der Erfolg ist um so höher anzuschlagen als die Gegner...“

Die Breslauer Genossen werden am 2. Dezember...“

Kinder-Erziehung und Jugendschriften.

Die vom Breslauer Bildungsausschuss für den 20. November...“

*** Von Freund und Feind gewählt.**

Bei der vorläufigen amtlichen Feststellung im Magistrats...“

Diese Herren haben demnach eine ganz eigenartig ge...“

Die Ordentlich Generalversammlung mit Vorstandswahlen...“

Unter verschiedenen konnte es sich Herr Kandidat Pfropf...“

Die Versammlung nahm mit übergroßer Mehrheit den aus...“

Diese wesentliche Verschiebung der alten Beitrags- und...“

Unter verschiedenen konnte es sich Herr Kandidat Pfropf...“

Zu einer Protestversammlung langt es nicht. Der...“

Der Vorstand des Vereins hat am 25. November, Nachmittags 4 Uhr...“

Die öffentliche Barbiergehilfen-Versammlung findet...“

Vortrag über Schaffen und Schwurgerichte. Don...“

Teilnähmungen für Volksschüler. Der Besuch der...“

Der Ballon vom Mittwoch voriger Woche, der über...“

gefallen wurde, ist in Ostpreußen gelandet. Das ergriffene...“

Freigesprochen wurde gestern vom Breslauer Schwurgericht...“

Verurlosetes Gut. Vor etwa 6 Wochen hat ein un...“

In Schutzhäft genommen wurde am 21. d. M. eine...“

Ein Schuldieb erwischt. Am 19. d. M. wurde die neu...“

Neueste Nachrichten.

Ein Papier.

Berlin, 24. November. Die Konferenz des Kaisers mit dem...“

Es wird Sache der sozialdemokratischen Abgeordneten sein...“

Wahlen.

Bern, 22. November. Die Erstaahl für den...“

Friest, 22. November. Im Wahlbezirk Ruggia...“

Von der Unglückszucht.

Düffelbors, 24. November. (S. L. S.) Die neue Explosion...“

Protestierende Bürger.

Samburg, 24. November. (S. L. S.) Die Adresse der...“

Politikorrption.

Marzeile, 24. November. (S. L. S.) Ein Skandal...“

Einsturz einer Theatersgalerie.

Barcelona, 24. November. (S. L. S.) Im Theater Abgona...“

Schulkatastrophe.

Budapest, 24. November. (S. L. S.) In Dorosma...“

Neue Erfindungen — neue Steuern.

Budapest, 24. November. (S. L. S.) Der Professor der...“

Wien, 24. November. (S. L. S.) Bei den gestrigen Aus...“

Budapest, 24. November. (S. L. S.) Bei der Einfahrt...“

Serajewo, 21. November. (S. L. S.) Nach Melbun...“

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Druckerei: Neue...“

Versammlungen und Vereine
Sozialdemokratischer Verein Breslau (Süd).
Neumarkt.

Süd-Distrikt 8 (Gerbau und Dürrgoh). Donnerstag, den 26. November, Abends 8 Uhr: Vortrag des Genossen Schütz bei Heller, Dübenerstraße 123. Die Genossen des Distrikts 16 sind hiermit eingeladen. Auch Wahlhelfer können sich noch melden beim Distriktsführer.

Striegau. Verbreitung des Landboten. Nächsten Sonntag Werbung beim Vorstehenden.

Freiburg. Deutscher Arbeiter-Verband. Donnerstag, den 26. November, Abends 8 Uhr: Versammlung. Tagesordnung: Die politische Lage und die Gewerkschaften. Referent Genosse Paul Fischer. Die Versammlung wird Punkt 8 Uhr eröffnet.

Pirischberg. Distrikts-Abend. Donnerstag, den 26. November, Abends 8 Uhr, im „Gasthof zur alten Fassung“.

Kattowitz. Sozialdemokratischer Verein. Donnerstag, den 26. November, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Schumann, Weidnerstraße 8: Außerordentliche Generalversammlung. Zutritt nur für Mitglieder und solche Personen, die es werden wollen.

Stadt-Theater.

Dienstag, 7 1/2 Uhr:
 „Der Barbier von Sevilla“
 „Suzanna im Bade“
 Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
 „Die Waise“
 Donnerstag, zum 1. Male:
 „Zuletzt des Fickens“
 „Der letzte Geld von Marienburg“
 Freitag, 7 1/2 Uhr:
 „Die Boheme“.

Lobe-Theater.

Dienstag, 7 1/2 Uhr:
 „Die Dollarprinzessin“
 Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
 „Die blaue Maus“
 Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
 „Die Dollarprinzessin“
 Freitag, 7 1/2 Uhr:
 „Die Dollarprinzessin“.

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Dienstag:
 Gruppe C, 5. Vorstellung:
 „Der Kaufmann von Venedig“
 Freitag:
 „Die Waise“ (Abendm. Vorstellung)
 „Wolkenkräuter“.

Schauspielhaus

Dienstag 8 Uhr:
 „Cyprienne“
 Mittwoch nachmittags 4 1/2 Uhr:
 „Die 100 Jahre“
 Donnerstag 8 Uhr:
 „Der Revisor“.

Liebig's Etablissement.

Mizi Gizi,
La belle Alexia
 u. das phänomenale November-Programm.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater

Heute und täglich:
Netty Janowskys
Selina Revell-Truppe
 „Abenteuer in einem amerik. Expresszug“
Rudolfs Elefanten
 etc. etc.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Eins wochentags gültig.

Zeltgarten.

Hr. H. Krainik.
Troppaers Budapest
 beginn bis neuen Spezialitäten.

Palmengarten.

Hr. H. Krainik.
 Täglich:
2 Kapellen
 Entree frei!
 8 Pf. Reformklub 8 Pf.

Für Zigarrenmacher!!

Alle Rohstoffe für die Zigarrenfabrikation empfohlen in größter Auswahl und zu billigsten Preisen
Carl Rother & Kohn
 Breslau I, Kramerski 28.

Folien Breslauer Korn

Bitter 60 Pf. 5544
Rum, Liköre, Zigarren,
Carl Gustav Glatzel
 Berni, Star Beer
 Kottbuserstr. Nr. 146.

Pfänder-Auktion

Donnerstag, den 26. Novbr. 1908
Pfandleih-Institut [5021]
 Matthiasstraße 113, I. Stg.

Pfänder-Auktion.

Verlängerung bis 26. Novbr. 1908.
 Weidenburgerstr. 33, I. 5374

Pfänder-Auktion.

27. Novbr. unversichtlich Nr. 210 000.
 A. Keller, St. Eufimiestr. 50. [5811]

Gebauer

Sucht für sich nach Tausendtag. Gehörntstraße 6, hochpart., zu verkaufen. 5627

Eleg. Mischgarnit.

2 Brand, Perle, Gold, Silber, Stahl, Gehörntstr. 6, hochpart., z. verk. 5628

Gummiwaren

Spülspritzen und Irrigatoren.
 G. Petersburger
Gummiwaren
A. Kindler,
 Breslau, Junkerstraße Nr. 35.

Bettfedern und fertige Betten.

Reelli
 Ept.: Brautausstattung.
 Preisliste gratis und franco.
Julius Immersglück
 Bresl. Reussstr. 18/17.

Knaben-Anzüge

und Paletots, sowie Arbeitshosen und warme Unterkleidung empfiehlt billigst **Martha Scholz**, Friedrich-Wilhelmstrasse 68. 5353

Neuer großer Fang!

100 ff Sprott
 1 Std. f. Rauch-Lach.
 30 kleine Nische Sprotten. 1 schöner großer Sprott. 30 ff. 1 schöner Sprott. 1 Btl. f. Sprotten. 1 Btl. f. Sprotten. 10 Btl. f. Sprotten. 1 Btl. f. Sprotten. 2,95 g. R. 5356
 F. Degener, Swinemünde 8.

He Da

Kinder-Garderoben
 werden schnell, gut und preiswert gefertigt. 5424
Färberei Preuss,
 Vinzenzstr. 18.
 Läden in allen Städten.
 Gleiwitz, Kattowitz, Zabrze.

Rechte u. Pflichten des Mieters

nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch. Kommentar gegen Miethrecht von **Blch. Lipinski**.
 Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
 Die Broschüre ist sachkundig auf Grund der Motive und der Denkschrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet und ist ein sicherer Führer durch das Miethrecht.
 Buchhandlung Volkswacht.

Kakao
 alle Sorten erlaubt.
Teichmann & Co.
 Schweidnitzstr. 9
 Jetzt Eingang Carlstrasse.
 10 Geschäfte in allen Stadtteilen.

Eine jede kluge gebrauchte Mutter Spül-Spritze
Mutter Spül-Spritze
 D. R. G. M. 4 4, 6, 8, 10, 12 M.
 a. d. Alleinverk. W. Schlegel
 Breslau I, Nikolaistraße 21.
 Verletzt, ausgeschl., sicher, d. Beste. Zahlr. Anerk. Bedien. f. Damen sep. i. Et. Hauseing Diskr. Versand. Nachn.

Damen-Filzhüte
 direkt in der Fabrik
Freund & Krebs.
 Neue Graubenerstr. 11, Sof
 Filzhüte werden modernisiert. [4450]

Die Volkshule wie sie ist
 von **Otto Rühle**
 Preis 30 Pfg.
 Zu beziehen durch die Expedition und Korrespondenz.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter, Zahlstelle Breslau.

Mittwoch, den 25. November, abends 8 Uhr
 im Lokale von **Hentschel, Herrenstrasse 19:**
Mitglieder-Versammlung.
 Die Tagesordnung, welche eine sehr wichtige ist, wird in der 5031
 Versammlung bekannt gegeben.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokr. Verein Breslau.

Freitag, den 27. November,
 im großen Saale des Gewerkschaftshauses
 nach Schluß des Rühle-Vortrages
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 5634
 Unsere Stellung zu den Stadtverordneten-Stichwahlen.
 Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert.
 Der Vorstand.

Reell! Gut! Billig!
 kaufen Sie
Regulatoren, Freischwinger, Taschenuhren, Ketten, Ringe, Broschen, Ohrringe etc.
 Garantie für richtigen Gang der Uhren.
 Jeder Gold- und Silbergegenstand trägt den Münzstempel.
 Enorme Auswahl. Reparaturen prompt.
Arnhold Rosenthal, Uhrmacher,
 Neue Schwednitzstr. 5. 4427

Das beste Waschmittel
 ist
Dr. Thompson's SEIFENPULVER
 1/2 ff Paket 15 Pfg.

Arbeit und Erziehung

Eine pädagogische Studie
 von **Otto Rühle.**
 Preis 30 Pfg.

Wandlungen in der Theorie und Taktik der Sozialdemokratie
 von **Paul Kampffmeyer.**
 Preis 75 Pfg.

Kinder-Elend
 Proletarische Gegenwartsbilder
 von **Otto Rühle.**
 Preis 75 Pfg.

Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Volksvorstellung 19089
(Stadt-Theater).
V. Vorstellung.
 Sonntag, den 29. November, vormittags 11 1/2 Uhr:
Fidelio.
 Große Oper in 2 Aufzügen von **Ludwig van Beethoven.**
 I. Rang u. Orchesterloge 1.20 Mk.
 Textbücher 0.80 Mk.
 Zu haben in der Expedition der Volkswacht.
 NB. I. Rang ist auch im Arbeiter-Sekretariat, Nikolaistr. 18/19, I. zu haben.

Röst-Kaffee!
 Den besten Rechnung tragend, habe ich mich entschlossen, meine beliebte Marke
Volks-Kaffee
 von 80 Pfennige auf 68 Pfennige per Pfund herabzusetzen.
 Gleichzeitig mache ich bekannt, daß ich denselben Kaffee mit einem Zusatz von Malzstärke gemahlen, per Pfund 54 Pfennige, in allen meinen Geschäften stets frisch geröstet in gut verschlossenen Beuteln zum Verkauf stelle. 5558
Max Schönfelder
 Generale: Albrechtsstraße 56.
 Filialen: Gräßgasse Nr. 11, Altkrahe Nr. 27, Glatzerstraße Nr. 23, Schaubrücke Nr. 66/67, Gottschalkstraße Nr. 2, Fiedlerstraße Nr. 2.

Arbeiter-Gesundheitsbibliothek.
 Die Gesundheit ist des Arbeiters einziges Gut. Erhaltung der Gesundheit ist gleichbedeutend mit Erhaltung der Arbeitskraft. Darum ist der Arbeiter an der Hygiene, derjenigen Wissenschaft, welche von der Erhaltung der Gesundheit und Krankheitsverhütung handelt, in noch höherem Grade interessiert als der Besizende.
 In gemeinverständlicher Darstellung, unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterverhältnisse stellen in loser Aufeinanderfolge die für den Arbeiter wichtigsten Abhandlungen aus dem weiten Gebiet der Gesundheitspflege von erfahrenen Ärzten bearbeitet werden, so zwar, daß jedes Heft für sich ein abgerundetes Ganzes bildet.
 Hier erschienen:
 Heft 1. **Die erste Hilfe bei Unglücksfällen.**
 2. **Das erste Lebensjahr,** von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
 3. **Gesundheitspflege des Nervensystems.** Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
 4. **Der Achtstundentag,** von Dr. Jabel. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
 5. **Alkoholfrage und Arbeiterklasse,** von Dr. Fröhlich. Eine empfehlenswerte Agitationsbrochüre.
 6. **Das Schulkind,** von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck dieses Büchleins.
 7. **Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten,** von Dr. Geberl. Belehrend aber diese, für jeden Menschen wichtige Frage.
 8. **Nahrung und Ernährung,** von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
 9. **Wie sollen wir uns kleiden?** von Dr. Paul Bernheim.
 10. **Der Arbeiterschuh** mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene von Dr. M. Epstein-München.
 11. **Frauenleiden und deren Verhütung.**
 12. **Vom medizinischen Aberglauben,** von Dr. E. Theising-Waadeburg.
 13. **Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters,** von Dr. G. Munter.
 Neu erschienen:
 14. **Verhütung und Heilung des Stotterns,** von L. Jordan, mit einer Einleitung über Sprech- und Sprachstörungen.
 15. **Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie,** von Dr. Julian Markuse.
 16. **Jähre und Zahnpflege,** von Gertrud Kemald-Berlin.
 17. **Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers,** von Dr. Christaller-Berlin.
 Jedes Heft 20 Pfg.
 Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.
 Zu haben in der Expedition der Volkswacht und durch unsere Korrespondenz.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 24. November.

Geschichtskalender.

25. November.

1562 Der spanische Dichter Felix Lope de Vega.
1908 A. Dreesbach, soziald. Abgeordneter.

Von Renten und Renten-Empfängern.

(Aus dem Geschäftsbericht der Landes-Versicherungsanstalt Schlesien für das Jahr 1907.)

Die im vorjährigen Geschäftsbericht besprochene Vermehrung der Rentenanfragen ist nicht eingetroffen, bis zur Mitte des Jahres 1908 ist ein beträchtlicher Rückgang sowohl der Anträge, als auch der Bewilligung von Alters- und Invaliden-Renten zu verzeichnen. Ein Anzeichen der Renten von nur vorübergehender Natur sind folgenden Biffern ist das Sinken der bewilligten Invaliden- und Kranken-Renten erkennlich. Es wurden bewilligt im Jahre 1897: 97.64; 1898: 10.078; 1899: 12.050; 1900: 15.558; 1901: 16.832; 1902: 17.802; 1903: 20.148; 1904: 15.748; 1905: 11.107; 1906: 9294; 1907: 9690. Die Zunahme gegen das Vorjahr ist sowohl im Reich als in der Versicherungsanstalt Schlesien nur eine geringe.

Quittungs-Karten.

Im Berichtsjahre gingen 1.165.757 umgetauschte Quittungskarten ein, von denen 21.269 an andere Aussteller abgegeben waren, so daß sich im Archiv der Anstalt 1.184.488 Karten mehr gegen das Vorjahr angesammelt haben. Aus der Anzahl der eingegangenen Karten ergibt sich die Tatsache, daß trotz aller Hinweise auf die Selbstversicherung die Zahl der Selbstversicherten sich um 119 gegen das Vorjahr verringert hat.

Kontrolle der Beitrags-Entrichtung.

Die seit dem 1. April 1906 in Kraft befindlichen Kontrollvorschriften haben sich, wie der Bericht erwähnt, als ein geeignetes Mittel zur strafferen und schnelleren Durchsicht der Kontrolle erwiesen. In 23 Fällen war eine Strafverfügung wegen Unberechtigung der Kontrollvorschriften notwendig. Hervorzuheben ist aus den Berichten der Kontrollbeamten, daß ein auffälliger und immer fortschreitender Rückgang in der Zahl der Hausweber festzustellen war. Die Hausweber wird fast nur noch von alten Leuten während des Winters betrieben. Die Kontrolle hat sich auf 69.537 Arbeitsgeber und 558.218 Versicherte erstreckt, unter welchen 2615 erst durch die Kontrolle zur Versicherung herangezogen worden sind. Wegen mangelfolgender oder nie zureichender Entrichtung der Beiträge lauten 51.290 Fälle (!) zur Kenntnis der Anstalt.

Ordnungsbestimmungen.

Auf Grund einschlägiger Gesetzesbestimmungen wurden im Berichtsjahre insgesamt 4131 Strafvorfügungen erlassen. In 450 Fällen wurde dagegen Beschwerde erhoben. In 4 Fällen nur wurden die Beschwerden als berechtigt anerkannt. In Strafgeldern wurden 20.055 Mk. vereinnahmt.

Renten.

Im Berichtsjahre wurden in Schlesien 14.826 Anträge auf Rente neu erhoben. Einschließlich der aus dem Vorjahre als unzulässig abgelehnten und der wieder aufgenommenen Anträge waren 20.565 Anträge zu bearbeiten. Bei der Ablehnung von Rentenansprüchen treten bei den drei Regierungsbezirken bemerkenswerte Verschiedenheiten hervor.

Es wurden von 100 erledigten Anträgen abgelehnt:

Regierungsbezirk Breslau 43,3,
Silesien 32,9,
Oppeln 50,5.

im Durchschnitt 44 Prozent an Invalidenrenten. Altersrenten Breslau 19,2, Silesien 22, Oppeln 41,7 Prozent, durchschnittlich 25,2 Prozent.

Der Stand aller bis zum Jahreschlusse 1907 bewilligten Renten war nach den Vierteljahresrapporten an das Reichsversicherungsamt

Invalidenrente Zugang 170.527,
Krankenrente 5.864,
Altersrente 49.239.

zusammen 225.180 Renten. Abganga im ganzen 126.424. Der Bestand an Renten betrug Ende 1901 98.756, gegen das Vorjahr weniger 2760. Von den überhaupt seit 1892 bewilligten Invalidenrenten leisten noch 50,5 Prozent, von Krankenrenten 43 Prozent, während von den Altersrenten nur noch 21 Prozent in Kraft sind. Das ist erklärlich, denn die Altersrentner erkennen sich der Rente nur kurze Zeit. Wegen nicht nachgewiesener Erwerbsunfähigkeit wurden 37,7 Prozent aller Invalidenanträge abgelehnt. Hier ist

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Ernst Haedel ausmüde? Einem Telegramm des „B. Z.“ zufolge beabsichtigt Professor Ernst Haedel seinem Vermögen nach mit dem Schluß des laufenden Semesters seine Professur an der Universität Jena niederzuliegen. Ueber die Gründe dieses Rücktritts von seinem Lehramt, das Haedel seit 47 Jahren inne hat, ist bisher nichts bekannt.

Vom diesjährigen Nobel-Preis. Wie die „Frankf. Ztg.“ aus Stockholm erfährt, soll der diesjährige Nobel-Preis für Medizin zwischen Professor Weiskopf, dem Leiter des Pathologischen Instituts in Paris, und Professor Paul Ehrlich-Frankfurt a. M., dem Direktor des kaiserlichen Instituts für experimentelle Therapie, geteilt werden. Ehrlich ist 57 Jahre alt und steht im 58. Lebensjahre. Eine Meldung aus Stockholm zufolge wird im „Denska Dagbladet“ sehr warm dafür eingetreten, daß der diesjährige Nobel-Preis für Literatur den schwedischen Dichtern Werner v. Heidenstam und Selma Lagerlöf (die am 20. d. M. ihren 50. Geburtstag feierte) verliehen werde.

Aus aller Welt.

Eine neue Explosion auf See „Raddob“.

Vorgestern Nachmittags 3 1/2 Uhr ereignete sich auf „Raddob“ eine neue Explosion. Durch diese wurde der in der Erde liegende gemauerte Weiterkanal, der beide Schächte miteinander verbindet, zertrümmert, ebenso die Schachtabdeckungen. Die Förderlärde liegt im Schacht fest; die Detonation war so stark, daß die Fensterstößen der Betriebsgebäude zertrümmert sind. Die Ursachen der neuen Explosion ließen sich bisher noch nicht feststellen, ausgeschlossen ist es aber nicht, daß sie auf die Unterwasserleitung der Grube zurückzuführen ist, durch die die vorhandenen Gase zusammengepreßt wurden, bis sie zur Explosion führten.

Der Verfall der Grubenbeamten. Die Grubenbeamten nahmen vorgestern zu der Katastrophe von Raddob Stellung. Der Steigerverband hatte eine Versammlung einberufen, die von 400 Grubenbeamten besucht war. Der Vorsitzende des Steigerverbandes Werner erklärte, daß das Unglück in diesem Umfange unmöglich gewesen wäre, wenn die vorhandenen Vorschriften, besonders die über die Verriegelung, befolgt worden wären. Die Grubenbeamten wolle keine Schuld, denn sie seien durch das Goll und

die Einschaltung nötig, daß die Abgelehnten von den Vertrauenskräften als nicht im Sinne des Invalidengesetzes erwerbsunfähig gehalten worden sind. Bemerkenswert ist die Haltung der Versicherungsanstalt gegenüber den unteren Verwaltungsbehörden und der Rentenstelle. Gegen das Gutachten der Verwaltungsbehörde Breslau von 100 Invalidenrenten 25,2 Proz. abgelehnt. Die Rentenstelle weichen nur 12,1 Prozent. Das Ueberwiegen der weiblichen Rentner in der Landwirtschaft tritt in beiden Rentengattungen fast hervor, bei den Altersrenten entfallen rund 56 Prozent der Rentenempfängerinnen auf die Landwirtschaft.

Entscheidung von Invaliden- und Krankenrenten hat in 1568 Fällen stattgefunden. Infolge Verjährung oder Revision wurden 214 wieder anerkannt. Diese Zahl erscheint nur sehr gering, wenn man berücksichtigt, wie schwer die Entscheidung der armen Rentenempfänger trifft. Die Belastung durch Renten im Berichtsjahre stellt sich folgendermaßen: der Invalidenrenten 12.006.981 Mk., gegen das Vorjahr weniger 82.439 Mk.; Krankenrenten 331.007 Mk., mehr Altersrenten 1.344.880 Mk., weniger 103.122 Mk.

Insgesamt wurden gezahlt 13.681.300 Mk., gegen das Vorjahr weniger 142.785 Mk. (Schluß folgt.)

Ueber ein verführtes Kosaken-Attentat auf den Ballon „Schlesien“

Gelegentlich des letzten Luftfluges am Sonnabend, den 21. dieses Monats, hatte der Ballon „Schlesien“ bei seiner Fahrt in nord-nord-östlicher Richtung von Breslau aus über Protoschin, Jaroschin und Perlow ein Abenteuer zu bestehen, welches leicht von den schlimmsten Folgen hätte begleitet sein können. Der Ballon passierte kurz vor 1 Uhr die Warte in einer Höhe von circa 550 Metern. Kurz darauf, während der Ballon in ungefähre 100 Metern Entfernung vom westlichsten Zipfel der russischen Grenze noch auf deutschem Gebiet schwebte, flogen unbemerkt vom russischen Gebiet her (anscheinend von Grenzposten) Schüsse, und die Insassen des Ballons hörten die Kugeln sausen. Da sich dieses Geschehen alsbald wiederholte, warf der Führer des Ballons, Dr. Kunde, sofort 1/2 Sad Ballast aus, worauf der Ballon allmählich auf 1100 Meter Höhe stieg, verfolgt von weiteren Schüssen und nachschwirrenden Kugeln, von denen die letzte den Ballonkorb streifte und einen Ballastfackel verfeuerte. Im ganzen mögen circa 15 Schüsse gefallen sein, ohne daß die Insassen verletzt wurden. Besonders auffällig ist der Vorgang, da der Ballon eine weltfremde Höhe in den deutschen Reichsforsten trug und in der Höhe von 100 Metern eine Verwechslung bei der klaren Luft vollkommen ausgeschlossen ist. Der Ballon landete um 3 Uhr 25 Minuten eine Meile westlich von Jasin. Es dürfte infolgedessen sich für die Zukunft empfehlen, die russische Grenze nur in einer Höhe von 1000 Metern zu passieren, da im Innern des russischen Reiches derartige Vorgänge bis jetzt noch nicht konstatiert wurden. Außer dem Führer Dr. Kunde befanden sich im Ballon Leutnant Herr-Messe, Ingenieur Melzer und Graf Stillsried.

Wie ein Fachmann dazu im Berliner Tageblatt schreibt, waren bisher derartige Kosakenverbrechen nichts seltenes:

Während der letzten Jahre wurden die Verhältnisse aber günstiger, namentlich seitdem ein internationales Abkommen dahingehend getroffen wurde, daß die Nationalflagge der Ballons zu respektieren sei. Besonders der deutsche Luftschifferverband hat seine Tätigkeit mit Nachdruck darauf gerichtet, den im Auslande landenden Fahrern erste Schwierigkeiten möglichst aus dem Wege zu räumen. Die jüngste Zeit brachte wieder das unheimliche Verbrechen der russischen Grenzposten, die in Frankreich wurde das Hauptquartier der alten Spionagearmee. In Frankreich wurde das wiederholte und durch die Winderhältnisse verursachte Landen harnloser deutscher Luftschiffer jenseits der Grenze mißliebiger kommentiert, darauf beschränkten sich aber erfreulicherweise die Stundengebungen. In Russland ist es mit der Spionagefurcht noch schlimmer und den russischen Grenzposten ist es fast ins Blut übergegangen, die Grenze passierende Ballons als Ziel ihrer Schießereien anzusehen. Deutschen Offizieren ist es vom hiesigen Kriegsministerium seit einigen Jahren unterfangt, in Russland zu landen, nachdem sich in einem Falle unheilvolle Folgen gezeigt hatten. Die übrigen Luftschiffer haben sich jedoch nie gekümmert, über die russische Grenze hinauszufahren, da sie bei jeder größeren Fahrt passiert werden muß. Es ist diesen Fahrern jedoch zu raten, ihre Nationalflagge in einer Art am Ballon zu befestigen, daß sie nicht am Ballonkörper oder Korb festbleibt,

sondern möglichst frei schwebt, weil sie sonst sehr leicht nicht zu erkennen ist. Jedensfalls ist es aber gut, wenn die Fahrten bei der Annäherung an die russische Grenze rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen aufsuchen, um sich gegen die Angeln der Grenzposten zu schützen. Der russischen Militär-Verordnung würde aber zu empfehlen, die Grenzkommandos auf ihre Pflicht den Landfliegern gegenüber aufmerksam zu machen, bevor es einmal zu einem Unglücksfall und zu ernstern Differenzen kommt.

Das letztere wird die russische Verwaltung aber nicht tun, oder, wenn sie es schon tut, werden sich die meist betrunkenen Grenzposten nicht danach richten. Und Deutschlands Regierung mag vor lauter Arterbet vor Russland nicht, ernstlich dagegen einzuschreiten. Wie oft haben sie in den letzten Jahren auf friedliche deutsche Bürger geschossen, ohne daß Deutschland Genehmigung gefordert hätte! Was Wunder deshalb, wenn diese Ehrenmänner harmlose Luftschiffer zur Zielscheibe ihrer Wutlust auswählten.

Möglichst übrigens, daß ihre neueste Dreifigkeit zugleich die letzte war, die sie ungestraft unternehmen konnten: Da die Insassen des Ballons dem Heere und der „besseren Gesellschaft“ angehörten, so wird sich wohl Wilhofs Regierung endlich entschließen, energischer gegen Bäterchens Nordgarde einzuschreiten als wenn nur „gewöhnliche“ Staatsbürger erschossen worden wären!

Eine Volksversammlung gegen den Absolutismus fand Sonntag im Riedel'schen Lokal in Partlieb statt, in welcher Genosse Neulirch über das Thema: „Der Kaiser, der Kanzler und das Volk“ referierte. Der Referent geisterte in scharfen Worten das persönliche Regiment in Deutschland, welches dem deutschen Volke eine Blamage nach der anderen beibringt. Trotz der Verfassung, welche nur auf dem Papiere steht, trotz dem Reichstag, welcher nur zur Staffage nach außen dient, hat das Volk nichts zu sagen, wohl aber Stramm zu zahlen. Denn das Volk ist nach der Ansicht gewisser Leute ein notwendiges Uebel und nur dazu da, für andere Annehmlichkeiten und Werte zu schaffen. An der Hand kaiserlicher Reden wies der Redner nach, daß darin nichts von einem Sorgen für das Volk zu finden ist, sondern nur von seiner Arme und seinen Soldaten. Und erregte Phrasen wurden laut, als der Referent die Potsdamer Rede vorlas, in welcher von den Soldaten verlangt wird, auf Vater und Mutter zu schließen, wenn es der Kaiser verlangt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung protestiert energisch gegen das persönliche Regiment in Deutschland. Sie verlangt: Selbstregierung des Volkes durch Wahl aller Beamten des Reiches, vom ersten bis zum letzten durch das Volk. Verantwortlichkeit dieser Beamten gegenüber dem Volk und seinen Vertretern.“

Bürgerliche Abstinenz-Gesellschaft. Die Alkoholgegenvereine Preussens veranstalteten am Sonntag im Palais-Restaurant eine öffentliche Versammlung. Der Herausgeber der „Abstinenz“, praktische Arzt Dr. med. Streckert-Berlin hielt einen Vortrag über: „Brauerweisheit und Brauermärchen“. Er führte u. a. aus: „Vor 25 Jahren begann in Deutschland der Kampf gegen den Alkohol. Zweck ward die Bewegung verlagert, jetzt wird sie bekämpft. Der Bier-Konsum in Deutschland betrage sich im geringsten Rückgang durch die Antialkoholbewegung nach Behandlung der Brauer, nach Meinung der Gasmirte gehe der Bierabsatz in die Höhe. Auf einer deutschen Konferenz von Brauereibesitzern wurde zur Bekämpfung der Abstinenzbewegung eine Million Mark gefordert. Ob sie bewilligt sind, weiß Redner nicht. Die Geister der Abstinenzarbeiten mit Verleumdungen, in ihrer Taktik bringen sie alte Lieder wieder, die längst abgetan sind. Redner wies davon zahlreiche Beispiele, weist die Behauptungen der Feinde der Abstinenz energisch zurück und widerlegte sie unter großem Beifall der Zuhörer in humoristischer Weise. Sein Witz ist scharf und recht genau, den nicht das Alkoholkapital über den Kampf gegen den Alkohol macht. Wenn das in der Brauerei-Industrie angelegte Kapital in anderen Betrieben angelegt würde, so wäre das nicht zum Schaden der Arbeiter bezüglich ihres Lohnanteiles. Die Strebligkeit der Gasmirte ist eine bedenkliche.“

Leider wurde die Redefreiheit in dieser Versammlung schände erbrochen, denn der Redakteur Süßler hielt es für nötig, die Redezeit auf — 3 Minuten beschränken zu lassen! Mit solchen Vorkerklichkeiten gewinnt man keine Freunde, das sollten sich die Abstinenzler gefast sein lassen! Einem Gelehrten ließ man gnädig diese 3 Minuten, um ihn dann vom Referenten und vom Vorsitzenden in abwechselnd so langer Rede verhöhnen zu lassen. Sind denn die Argumente der Abstinenz so wenig wichtig und nichtig, daß sie keine gegnerische Meinungen vertragen können?

Prämien system zu willkürlichen Sklaven der Grubenbesitzer gemacht worden. Umso größer sei die Schuld der Bergbehörde, die bei den bevorstehenden Verhältnissen auf Raddob ganz energisch auf genügende Wasserförderung hätte dringen müssen.

Die nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute in Ferne tagende, vom deutschen Steigerverbande einberufene, öffentliche Grubenbeamtenversammlung legt entschiedene Verwahrung dagegen ein, daß an dem Unfall auf Raddob die unteren Grubenbeamten schuld sein sollen, wie das in einzelnen Zeitungen anlässlich der Katastrophe andeutend worden ist.“

Die Versammlung ist der Meinung, daß solche Massenunglücke sich am besten dadurch verhindern lassen, wenn die Beamten unabhängig von den Grubenbesitzern gemacht werden, damit dieselben für eine bessere Befolgung der sicherheitspolizeilichen Vorschriften sorgen können.

Um dies zu erreichen, ist es unbedingt notwendig, daß den unmittelbar verantwortlichen Beamten wieder die Lohnfestsetzung übertragen wird, und die unverantwortlichen Beamtenstellen im Grubenbetriebe beseitigt werden. — Eine besondere Gefahr für die Sicherheit im Bergbetriebe erblickt die Versammlung in dem Goll- und Prämien system.

Ein Reichsberggesetz sei besonders geeignet, bessere Verhältnisse für Beamte und Arbeiter herbeizuführen und insbesondere die Beamten der Wälder der königlichen Bergbehörde zu entziehen, die diese durch die §§ 72 und 74 des preussischen Berggesetzes auszuüben imstande sind. Den von den Arbeitern geforderten Grubenkontrollanten steht die Versammlung sympathisch gegenüber. Dieselben scheinen ihr besonders geeignet, den Beamten gegenüber den Grubenbesitzern das Rückgrat zu stählen und das Verhältnis zwischen Beamten und Arbeitern besser zu gestalten.

Ein erstes Wort in erster Zeit. Ob es aber auf den preussischen Fiskalismus Eindruck machen wird, ist trotzdem zweifelhaft.

Luftschiffahrt. Das im Bau begriffene neue Zeppelein'sche Luftschiff geht vor der Vollendung. Sein Probeflug findet aber erst im März nächsten Jahres statt. Graf Zeppelin hat bereits den Bau von weiteren Luftschiffen begonnen.

Eine bisher nicht erreichte Leistung hat der am Mittwoch Vormittag in London aufgesetzene Freiballon „Mammuth“ vollbracht, der nach schnellstem Flug über die Nordsee und über Deutschland, wie wir schon berichtet, glücklich gelandet ist. „Daily Graphic“ erhebt ein Telegramm aus Dvinsk in Sibirien, daß Ballon „Mammuth“ am Donnerstag Abend in Mateki (Gouvernement Nowo Alexander) landete. Die Insassen sind wohlbehalten. Die zurückgelegte Strecke beträgt ungefähr 12000 Meilen.

Ein gemeinsamer Prozeß von Polizeibeamten gegen die Polizeiverwaltung wegen Ueberbürdung im Dienst ist jedenfalls etwas, was bei uns nicht alle Tage vorkommt. In der Stadt Barmen, die — wie viele rheinischen Städte — kommunale Polizei besitzt, haben 24 Polizeibeamten aus diesem Grunde eine Entschuldigungsfrage gegen die Barmener Stadtverwaltung bei dem Landgericht in Elberfeld anhängig gemacht, nachdem ihre Beschwerden vom Bezirksauschuss zurückgewiesen worden war. Das Landgericht sollte feststellen, daß die Stadt nicht berechtigt sei, die Polizei zum Nachbienen heranzuziehen, und weil dies seit längerer Zeit geschieht, ihnen einen Schadenersatz zu zahlen. Die Kläger stützen sich auf einen Vertrag, den sie bei ihrer Anstellung als Polizeibeamten mit der Stadtverwaltung eingegangen sind. Seit einiger Zeit gibt es bei der Barmener Polizeiverwaltung zwei „neue Herren“, die ein stammesreges Regiment und eine stärkere Anordnung der Beamten für dringend nötig halten. Einer dieser Herren ist der Beigeordnete Dr. Marzall, der sich kürzlich vor einem Berliner Schöffengericht wegen Verleumdung des hiesigen Bürgermeisters Schädling zu verantworten hatte.

Die beklagte Barmener Stadtverwaltung verlangte Abweisung der Klage, weil die Feststellung der Frage, wie die Stadt ihre Beamten zum Dienst heranzieht, nicht Sache des ordentlichen Gerichts sei. Am 20. d. Mts. wurde das Urteil gefällt. Das Gericht schloß sich der Ansicht der Stadtverwaltung an, es wies die Klage der 24 Polizeibeamten ab, weil der von diesen betretene Rechtsweg unzulässig sei.

Die klagenden Polizisten können es aber nicht begreifen, daß es für sie keinen Rechtsweg geben soll, und sie wollen sich mit dem Urteil nicht zufrieden erklären. An und für sich schadet es den Polizisten nichts, wenn sie den königlich-preussischen „Rechtsstaat“ mal gründlich am eigenen Leibe zu spüren bekommen.

Ueber die neue Mordtat in Leipzig, die wie bereits erwähnt, wird noch gemeldet: Der in Gansch bei Leipzig wohnende, aus Merseburg gebürtige, 33jährige Metzgermeister Paul Friedrich Kaufmann war seit einem Jahre mit einer Frau verheiratet, die ihm vier Stiefkinder mit in die Ehe brachte. Das Familienleben war äußerst unglücklich, eheleiche Zwiste waren an der Tagesordnung, und sie sollten schließlich zu einer Scheidung führen. Am Sonntag, den 15. November, Abends gegen 7 1/2 Uhr, unterhalb Nau denbach mit seiner Frau einen Spaziergang nach dem nahen Döitz. Unterwegs kam es, wie gewöhnlich, zu Auseinandersetzungen, die schließlich damit endigten, daß der Mann am Döitzer Wehre seine Frau in die dort ziemlich ruhende Pleiße schleppte u. s. w. Gut und Ruff der Ermordeten lagte er an das Ufer, um den Leichen zu werden, als ob Selbstmord vorliege. Die 30jährige Mutter und die drei Schwestern der Toten waren den

Wieder 30 Konzeptions-Wünsche vor dem Stadtausschuß.

Es werden jetzt ständig in jeder Sitzung des Stadtausschusses 30 Wünsche verhandelt. Die Zahl der Anträge ist noch sehr hoch und wird immer freier neue hinzukommen. In der Sitzung vom 23. d. Mts. waren die meisten Anträge aus der inneren Stadt und zwar der Umgebung des Neumarktes. Von den 30 Wünschen wurde mehr als die Hälfte berücksichtigt, es waren fast ausschließlich kleinere Lokale, die in den Besitz der vollen Konzeption kommen wollten. Wo es irgend möglich wurde, wurde der Wunsch erfüllt und die Warte hatten keinen Anlaß unzufrieden zu sein. Die Erlaubnis zum uneingeschränkten Schankbetrieb erhielten u. a. die Restaurateure: Sobieski-Watergasse. Wohl nur Scherzhaft hatte sich vor dem Watergasse befandlichen — Standesamt (Bureau 8) kommen, bei ihm Anträge hatten. Wohl nicht bezweigen, sondern will er schon mehrere Jahre Inhaber des Lokals ist, erhielt schließlich die Genehmigung. Ferner Kasse Mittelplatz, Euras, Predigerkassle, Sacher, Alibi, Weindler, Grochengasse 2a, G. Mann, Karlsruher, Hofmann, Juntelstraße 33, Frau Wilmann, Naumburgerstraße, erhielt die Erlaubnis zum Betriebe einer Restauration mit halber Konzession.

Abgelehnt wurden der Wirt des „Goldenen Lachs“ Ursulinerstraße, ein Lokal, das angeblich schon 200 Jahre besteht, ferner der Kaffee- und Wirt, der für den Ring-Automat, Oblauerstraße, die Erlaubnis zum Verkauf von Spirituosen in verpackten Flaschen begehrte. Der Bezirksvertreter erklärte, es könne keinen Schritt weiter über die halbe Konzession der Automat-Restauration gegangen werden. Würde man das eine Konzessionen, kommen bald auch die anderen. Auch der Stadtausschuß erkannte ein Verbot nicht an. Der Restaurateur Sellgohr, Friedrichstraße Nr. 59, petitionierte um Erweiterung seines Betriebes um die volle Konzession und begründete sein Verlangen mit dem Hinweis auf den durch die Wirtschaft auf der Gartenstraße gehaltenen Verkehr. Er habe Stellung für eine Anzahl Betriebe hergestellt, was sich bei dem Wagnereinsatz als eine direkte Notwendigkeit herausgestellt hätte. Der Bezirksvertreter erklärte in dieser Stadtsitzung weiter gegeben werden, die Vollkonzession genüge nicht den Ansprüchen. Das Kollegium konnte sich von der Notwendigkeit nicht überzeugen und lehnte daher das Verlangen ab.

In der Sitzung wurde auch über die Erteilung der Konzession für eine gewerbliche Anlage verhandelt. Die Eisenbahn-Direktion Breslau beabsichtigt, in ihren Betrieben auf der Hubenstraße an Stelle eines schwachen Dampfhammers einen Hammer von 1000 Kilogramm Fallgewicht anzubringen. Die Neuanlage bedarf der behördlichen Genehmigung. Fünf Hausbesitzer von der Hubenstraße, 40-50 Meter vom Betriebe entfernt, haben gegen den Plan Einspruch erhoben, weil die Erschütterung, die schon jetzt eine starke sei, dann aber nicht zu ertragen sein könnte und die Mieter ausziehen würden. Die Gewerbeinspektion hat Bedingungen gestellt, die die Direktion auch erfüllen will. Das Fundament soll tiefer gelegt werden und der Umbau soll die ganze Schwere des Fallgewichts haben. Das alles genügt den Protestanten nicht, die Erschütterung und der Lärm würden, wie sie glauben, trotz aller Vorkehrungen nicht zu beseitigen sein. Der Stadtausschuß beschloß, an Ort und Stelle einen Lokaltermin vorzunehmen.

*** Einen häßlichen Täuschungsversuch** unternahmen eine Anzahl mißvergnagte Lokalfisten und Anarcho-Sozialisten, die durch ein wortreiches Flugblatt zu einer Versammlung einladen, worin sie die bösen Sozialdemokraten in Grund und Boden vernichten wollen. Sie unterzeichnen nämlich dieses verachtenswerte Produkt ihrer Verirrung mit: „Der Ausschuß des Breslauer Gewerkschaftskartells“. Mit dieser Fälschung geben die Herrschaften endlich einmal offen zu, daß ihr eigenes Renommee doch nicht mehr hinreicht, bei den Breslauer Arbeitern Gegenliebe zu finden. Sie nehmen ihre Zuflucht zur Unleserlichkeit, Fälschung und hoffen damit, sozial Dumme zu finden, wie sie für ihre Zersplitterungsversuche benötigen. Natürlich freuen sich über das Flugblatt die — Unternehmer, freuen sich wie die Schneeförmige, weil dieselben wissen, daß sie sich ins Häußchen lachen können, solange diese Zersplitterter Zwitterfrucht in die Reihen der Arbeiter tragen und die Kapitalisten verschonen. Wir glauben deshalb nicht, daß von aufgeklärten, klaffenbewußten

Arbeitern auch nur ein einziger diesen Sumpeln auf die plump gelegten Leimruten gehen wird. Gerade dieser häßliche Betrug, den sie mit ihrem Flugblatt ausüben, wird ihnen den letzten Rest von Sympathie, die sie vereinzelt noch besaßen, zum Verlust jagen. Im Interesse der Breslauer Arbeiterklasse ist das nur zu begrüßen.

*** 10 000 Mark zur Unterstützung fortbildungsfähiger begabter Volksschüler.** Der Stadtausschuß der Stadtverordnetenversammlung beschloß in seiner gestrigen Sitzung, den Magistrat zu ersuchen, die von Herrn Dr. Mitschke beantragten 10.000 Mark für obige Zwecke in den Etat einzusetzen und für die Verteilungszwecke einen gemischten Ausschuß von Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern zu berufen. Die Einstellung der Summe soll, wie Genosse Lobe es beantragt hatte, alle Jahre erfolgen.

*** Noch einmal: Herr Pichlerstein.** Der sozialistenfeindliche Mitarbeiter der „Schlesischen Zeitung“ hat zwar bisher nicht gewagt, den Lesern der „Schles. Ztg.“ Mitteilung von der Entlassung der „Volkswacht“ zu machen, aber er läßt andere für sich sprechen. In der „Frankfurter Zeitung“, die durch den pilantischen Druckfehler die Sache aus Licht brachte, wird jetzt mitgeteilt, daß ihre Mitteilung nicht von Herrn Pichlerstein, sondern von einem Depeschendirektor kam. Sie lautet nur an dem einen Fehler, daß sie Herrn Pichlerstein nur wenig entlastet. Denn die „Frankf. Ztg.“ behauptet lediglich, daß Herr Pichlerstein die Mitteilung über die Professorentabelle Dahn-Kaufmann an ein Depeschendirektor verkauft hat, von dem er weiß, daß es Blätter aller Richtungen, sogar sozialdemokratische, bedeutet. Wir hätten nicht geglaubt, daß dem Pichlerstein bei seinem fortwährenden Gerumelschreiben nach Krankentafel-„Korruption“ zu solcher Betrübnisheit noch Zeit übrig bleibt.

*** Einstand auf der Oder.** Von Stettin gen. der „Schles. Ztg.“ folgende Nachricht zu: Von der Schwedler Brücke bis Rabun steht noch Eis, laut Nachricht von gestern Nachmittag um 5 Uhr. Von Rabun bis Küstrin ist die Strecke fahrbar, die Wasserbauinspektion Stettin hat ihre Strecke fahrbar gemacht. Die Wasserbauinspektion Küstrin will nur eingreifen, wenn die Interessenten die Kosten bezahlen. Da heißt es also abwarten, bis das Wasser kommt! Die Schwedler Brücke dürfte allerdings dann dabei in Gefahr kommen. Vor Schwedler stehen noch etwa 30 Dampfer mit 200 Rähnen, fast alle für Berlin bestimmt. Die Abwärtsdampfer stehen bei Berlin.

*** Zur Beachtung für Militärpflichtige** Wegen Unterlassung rechtzeitiger Anmeldung zur Rekrutenamts-Kontrollrolle wurden in diesem Jahre 57 Militärpflichtige mit Geldstrafen bzw. Haft bestraft.

Aus Schlesien und Posen.

Gegen das persönliche Regiment und die neuen Steuern

fanden in den letzten Tagen auch in Schlesien eine große Anzahl von Protestversammlungen statt. In Posen referierte Genosse Schiller. Breslau vor reichlich 200 Personen unter hürrühmlichem Beifall.

In Döbeln sprach Genosse Schöllich aus Breslau und die Zuhörer folgten seinen Ausführungen mit großem Interesse. In der dortigen Partei wurden dabei eine große Anzahl neuer Anhänger zugeführt. Stark beachtet war auch die Versammlung in Bunzlau in der Genosse Schebs in wirkungsvoller Weise referierte.

In Neustadt O.S. hatten sich etwa 300 Personen eingefunden. Hier sprach Genosse Schiller aus Breslau unter lebhaftem Beifall der Hörer. In Neisse fand ebenfalls eine stark besuchte Versammlung statt, in der Genosse Schiller ebenfalls das Referat hatte und für seine Ausführungen volle Zustimmung fand. In Kattowitz referierte Genosse Albert-Breslau vor 600 Versammlungsbekömern, seine Ausführungen wurden mit hürrühmlichem Beifall aufgenommen. Ebenfalls stark besucht war die Versammlung in Königsbrunn, wo der Referent Albert-Breslau es verstand die Versammlungsbekömmer zu begeistern.

Alle Versammlungen, in denen auch bürgerliche Leute vertreten waren, die einmal die wirkliche Wahrheit über das per-

sonlich Regiment und die Schuldenwirtschaft zu hören, verließen ohne jeden Zwischenfall und brachten unserer Bewegung eine Anzahl neuer Kämpfer.

Breslau, 24. November. Ballon-Katzen. Die Schiller-Ordnung des Schiller-Vereins für Luftschiffahrt beabsichtigt am 5. Dezember eine Propagandafahrt mit dem Ballon unter Führung des Dr. von dem Horne an veranstalten. Das Terrain an der Gasanstalt bei Demersdorf ist für solche Zwecke gut geeignet gefunden worden. Die Ordnung strebt sogar die Anschaffung eines eigenen Ballons „Schiller“ an.

Veitersheim, 24. November. Die Schusswaffe in Rindeshand. Der 10 Jahre alte Schulknabe Johann Stankel, Sohn des Weichenkellers in Rindeshand bei Veitersheim, hat sich beim Spielen mit einem seinem Vater gehörigen, geladenen Fehlgewehr in den Kopf geschossen und war sofort tot.

Neisse, 20. November. Die Sittlichkeit in Neisse. Unser kürzer Bericht „Mackkultur im schlesischen Rom“ hat den günstigsten Mittern der verführten Töchter, die sich im Adamskostüm von „besseren“ Leuten photographieren ließen und deren Bilder in einem beliebigen Restaurant erster Klasse gefunden wurden, Furcht und Schrecken eingelegt. Es war das Gerücht verbreitet, die „Volkswacht“ habe die Namen der „Ebstöchter“ veröffentlicht. Wenn uns auch Namen der „sehr angereichen“ Bürgerstöchter bekannt sind, so wollen wir doch nicht so schadenfroh sein und ihnen ihre späteren Partien verderben. Aber derartige oder ähnliche Vorkommnisse sind in Neisse, wo das Zentrum und die Kassen der „Volkswacht“ ihren Sitz haben, keine Seltenheit. Wir erinnern uns hierbei an einen frommen Zentrumsmann. Der fromme Katholik hatte ein bei ihm angestelltes Mädchen geschwängert. Als er zur Reifezeit gezogen werden sollte, war nicht er, sondern sein Sohn der Vater. Trotzdem zog er sich aus dem öffentlichen Leben zurück, verkaufte sein Geschäft, in welchem er mit Heiligenbildern handelte und verschwand. Wie erinnern uns an einen der „Reißer Zeitung“ sehr nachsichtigen Herrn aus „besseren Kreisen“, der einer anständigen Bäuerin auf offener Straße unsittliche Anträge stellte und dafür beinahe alle seine Ersparnisse in die Hände der „Reißer Zeitung“ gab. Die „Reißer Zeitung“ von der Unkeuschheit der „Mackkultur“ keine Notiz nimmt, wundert uns nicht. Wenn aber ein paar Eichenblätter wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung aus Brot und Lohn zu bringen wären, ist sie schneller bei der Hand. (Schl.)

Unsere Veröffentlichungen haben wie eine Bombe in Neisse eingeschlagen und jetzt erst findet die „Reißer Zeitung“ die Sprache wieder, um auf die Vorwürfe zurückzukommen. Freilich tut sie das nicht in sachlicher, sondern in der ihr eigenen katholisch-demagogischen Weise. Sie schreibt nämlich:

„In der sozialdemokratischen „Volkswacht“ ist vor acht Tagen ein Artikel veröffentlicht, welcher über „Mackkultur im schlesischen Rom“ handelt und zum Schlusse faßt, die „Reißer Zeitung“ könne, da sie in sich besseren frommen Kreisen gute Verbindungen habe, aber diese Sache vielleicht näheren Aufschluß geben. Da die „Reißer Zeitung“ nicht die gewünschte Kenntnis von der Sache hatte und hat, wird sie der „Volkswacht“ Gelegenheit geben, zu sagen, was sie weiß. Einer derjenigen, welche den Artikel der „Volkswacht“ zu veröffentlichen bemüht ist, ist der Kaufmannsgehilfe Kammer im Hause W. Franke, Neisse, Gollstraße. Auch dieser Herr wird vor Gericht zu sagen veranlaßt werden, was er von der Sache weiß. Wie in dieser Sache gearbeitet wird, mag man aus folgender Tatsache erfahren. Herr Kammer wurde wegen der Kopierfrage des Artikels der „Volkswacht“ zur Rede gestellt. Und die Antwort? „Ich habe den Artikel der „Volkswacht“ ja nur — — vorgelesen! Verbreitet habe ich ihn nicht.“ Uebrigens muß man sich wundern, daß es der Polizeiverwaltung (trotz der großen Zahl der Vernehmungen. Red.) noch nicht gelungen ist, an den eigentlichen Urheber der Geschichte heranzukommen.“

Auf den Inhalt unserer Notiz, an der die Tatsache, daß ebendiese angeführte Bürgerstöchter von Herren der sogenannten „besseren“ Kreise nachden in den verschiedensten Posen photog. abbildet, und diese Photographien gefunden worden sind, nicht aus der Welt geschafft werden kann, acht die „Reißer Zeitung“ in ihrer Schamhaftigkeit nicht ein, behauptet vielmehr, von der ganzen Sache nichts zu wissen, obwohl es in Neisse die Spaten von allen Dächern weisen und die Polizei eifrig damit beschäftigt ist, Personen, die nur irgend etwas von der Sache wissen, zu Dutzenden an Protokoll zu vernehmen. Aus der ganzen für die Sittlichkeitschlichter der „Reißer Zeitung“ sehr blamablen Geschichte sucht sich diese dadurch herauszuwinden, daß sie der „Volkswacht“ Gelegenheit geben will, an anderer Stelle — vor Gericht — zu sagen, was sie von der Angelegenheit wissen.

Aus ihrer Verlegenheit über unsere Veröffentlichungen sucht sich die „Reißer Zeitung“ dadurch zu retten, daß sie einen Kaufmann,

Verdacht, daß die vermittelte und überall verbreitete gefälschte Frau von ihrem eigenen Manne heimlich gefaßt worden sei. Sie sagten ihm die größte Lüge auf den Kopf zu und, da sein ganzes Vertrauen ihnen Veracht zu bezeugen schien, veranlaßten sie seine Verhaftung. Diese fand am Sonntag Nachmittag statt. Bei der Vernehmung legte der Mörder ein volles Geständnis ab. Die Leiche der Ermordeten ist inzwischen unweit der Nordseite gemauert und geborgen worden.

Die Silberfälscher. Ueber ein Jahr ist vergangen, seitdem die ersten Silberfälscher in der großen Münchener Silberfälschungsaffäre in Haft genommen wurden. Heute finden nun die Hauptverhandlung gegen acht Angeklagte vor einer eigens gebildeten Strafkammer des Landgerichts München I statt. Aber nur sechs Angeklagte werden vor der Strafkammer erscheinen, da die anderen zwei, die in Freiheit bleiben, gestrichelt sind. Angeklagt sind Gustav Thiege, 37 Jahre alt, verheirateter Kaufmann, früherer Buchbinder; aus Straßburg; Johann Wollfabri, 35 Jahre alt, Elektromonteur und Kunstbinder aus München; Josef Schäfer, 34 Jahre alt, Fleischer und Anstreicher aus München; Hubert de Mattia, 29 Jahre alt, Fleischer aus Vercelli in Savoyen; Josef Winkler, 39 Jahre alt, Kunstbinder, früherer Müller, Theaterdiener und Redakteur aus Feinbach; Bezirksbauernschaft Steyer in Oberösterreich; Ludwig Pollner, 33 Jahre alt, verheiratet, Kunstbinder aus München; ferner Alexander Ott, 27 Jahre alt, Schriftsteller aus Pöhl, und Georg Hübner, 30 Jahre alt, Ingenieur aus Tegernitz. Beide sind gestrichelt. Den Verhaft in der Verhandlung, die bis zum 15. Dezember dauern dürfte, führt Landgerichtsdirektor Segner. Die Angeklagten sind beschuldigt, mit fälschlich als Originalen signierten Bildern einen schmutzigen Handel betrieben zu haben.

Die in Betracht kommenden Weiber, mit deren Namen so großer Unfug getrieben wurde, sind hauptsächlich: Lenbach, Wenzel, Seibel, Böhm, Fetzinger, Kaufbach, Epigweq, Munnich, Schmid, Alenbach, Courbet, Weisheimer, Hilde, Descompe, Metz, Schütz, Wilton, Bauer, Schindler, Kurbauer, Vier um. Der größte Mißbrauch wurde mit angebliehen Gemälden und den Namen von Künstlern getrieben, die nicht mehr unter den Lebenden weilen, wie Lenbach, Böhm und Wenzel.

Von der Fälscherfamilie, insbesondere von Thiege und Wollfabri, ging eine Anzahl gefälschter Bilder in großen Mengen nach Wien, Frankfurt, Hamburg, Nürnberg, Würzburg, Straßburg usw. Als Verkaufsagenturen wurden in München ein Rasenmuseum und ein Zigarettenladen, deren Inhaberinnen Schichte der Fälscher waren, benutzt. Ein großer Teil der Bilder und Skizzen wurde von Thiege signiert. Thiege verfaßte die Signaturen aller in Betracht kommenden Künstler rühmend nachzuahmen. Er soll auch, um jederzeit Fälschungen vorzunehmen zu können, Reis eine zum Gebrauch für diese Fälschungen hergestellte Flüssigkeit in der Westentasche bei sich getragen haben. Thiege, der Weibschändliche der Fälscherfamilie, hat ein bewegtes Leben hinter sich. Vor mehreren Jahren wurde er wegen Missethat zweimal bestraft. Seinen Aufenthalt

wechelte er häufig; er war in Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, in der Schweiz usw., wo er sich angeblich durch Unterfertigung von Zeichnungen nach Photographien durchgebracht haben will. Nach München, wo er mit Unterbrechungen bis 1902 als Buchbinder tätig war, kam er im Jahre 1906. Die Kunstmalerei will er vor mehreren Jahren bei einem Kunstmalers in Paris erlernt haben. Thiege hatte überall bei Trödeln und auf Versteigerungen alte Silber zusammengekauft, die er dann wieder an den Mann brachte. Seine Mitangeklagten lernte Thiege bei den Versteigerungen oder durch Bekannte kennen. Das Vorgehen ergab, daß zwischen allen Angeklagten ein Zusammenhang bestand. Man bot die Silber den Kaufwilligen unter schätlicher Verheimlichung der Urheberschaft der Silber an, und zwar zu hohen Preisen, die den Glauben der Käufer, es handle sich nur um echte Werke, bestärkten. Wenn alles nichts half, dann wurden auch noch über die Herkunft der Silber frei erlaubte und zur Vertäufung der Silber der Silber dienliche Angaben gemacht. Als Käufer der gefälschten Silber sind unter vielen anderen hauptsächlich zu nennen: Stabsarzt Dr. Moriz Amsharovitz Frankfurt a. M., Kunstbinder Wistopp-Wien, Privatier Max Karlander-Wien, Professor Richard Rutzler-Breslau, Kunsthändler Bernes-Frankfurt a. M., Kunstmalers A. Alenbach-Berlin, Kunstbinder Albert Kente-Wien und Privatier Simon-Wularek usw. Als Sachverständige sind von der Staatsanwaltschaft unter anderen geladen: Malermeister K. Kunzschwiler (Berlin), Dr. O. Wolmann-München, Professor A. Schiele-München, Professor von Kaufbach, Professor G. Grünner, Professor G. Jügel, Kunstmalers J. Sperlich-Büding, Professor W. Wölffler, Schriftsteller W. Weigand, Professor Dr. H. Voll, Thomas Anort, Verlagsbuchhändler, Professor F. von Hilde, Professor A. Seiler, Professor G. Bauer, Professor von Suda, Professor Ritter von Decker, Kunstmalers A. Volk, Professor A. Engelken, Kunstmalers Ritter von Weisinger, Professor G. von Ray und Karl Leibl. Außerdem sind zur Verhandlung 86 Zeugen geladen.

Hebertal auf einen Eisenbahnschaffner. Zwischen Raden und Jülich wurde Sonntag Abend ein Schaffner in einem Abteil dritter Klasse von Hochgästen überfallen und schwer mißhandelt. Man fand den Bediensteten auf Bahnhofs-Gelände-Zal bewußlos und blutend am Boden liegen. Sterbend wurde er ins Krankenhaus geschafft. Es liegt der Fall in der Hand.

Epilog zum Revolberattentat im Reichsgericht. Der Oberste, Reichsanwalt Rudolf Strohm, der im Eisenbahnschaffner des Reichsgerichts des Reichsgerichts vor dem Kaufmann Oswald G. offer aus Stettin erloschen wurde, ist auf dem Friedhof in Soltau a. West., seiner Heimat, beerdigt worden. An die Urne wurden Kränze vom Präsidium und den Beamten des Reichsgerichts, dem Rat der Stadt Pöyria und anderen niedergelegt. Da Krieger in der Hauptstadt ostländig ist, werden das Ermittlungsoverfahren und die Verurteilung beschleunigt werden. Nachdem bereits die Woten des Reichsgerichts, die den Mörder festzunehmen, verweigert worden sind, fand durch den Untersuchungsrichter, Oberstaatsanwalt, die Vernehmung der Staatsanwälter des Reichsgerichts statt, die in der Urteilsurkunde des Mordes unter-

und bei dem zumeist nur durch Zufall dem Tode entgingen. Wie verlautet, wird Großer zunächst zur Beobachtung seines Gesundheitszustandes einer Irrenanstalt überwiesen werden. Das Befinden des zweiten Opfers Großers, des Reichsgerichtsrats Mannert, der durch einen Sturz in die linke Brustseite schwer verwundet wurde, ist andauernd bedauernd.

Bootsunfall im Rießer Hafen. Als am Sonntag Abend gegen 7 Uhr der Preiser Bahn vom kleinen Kreuzer „Lübeck“ mit drei Kameraden vom Teuder „Blig“ in einem kleinen Boote das Fahrzeug verlassen hatten, lenkte durch den Wellenschlag einer vorbeiziehenden Barke das Ruderboot. Trotzdem die in der Nähe liegenden Kriegsschiffe sofort mit ihren Scheinwerfern die Unfallsstelle tagsüber beleuchteten, gelang es nur, zwei der Verunglückten zu retten. Der Preiser Bahn sowie der Oberstaatsanwaltschaften Posten vom „Blig“ sandten den Tod in den Wellen. — Abends um 10 Uhr and ferner beim Nachspringen auf einen Hafendampfer ein Zimmer, an dem der Tod im Hafen.

Durch Wachen eines schadhaften Dampfkessels wurde auf dem Mississippi, achtzig Meilen von New-Orleans entfernt, ein Rinddampfer auseinandergeprengt. Man befürchtet, daß 15 Personen ihr Leben einbüßen haben.

Unter der Maske von Kriminalbeamten hausten in Berlin drei Diebe in der Wohnung des Rentiers R. Sie gaben sich als Kriminalbeamte aus, riefen eine Diebsmarke vor — die sich aber später nur als Hundemarke herausstellte — und erzählten, ihnen sei zu Ohren gekommen, daß eine Diebsbande blauge, um 6 Uhr in der Wohnung des Rentiers einen Einbruch zu verüben. Sie schickten die Wirtschafterin mit einem zu Besuch weilenden Kinde zu Verwandten, packten den kranken Rentier ins Bett und erklärten, daß sie die Diebe in der Wohnung erwarten wollten. Der Verwandte des Rentiers, dem die dämliche Wirtschafterin die Geschichte von den „drei Kriminalbeamten“ erzählte, ging zum Polizeibureau und ließ die verdächtigsten Verbrecher verhaften. Die Diebe hatten, während der Rentier sich dreifach befehligt glaubte, verhaftet, den Geldschrank aufzubrechen.

Keine Chronik. In San Francisco ist die Bark „Seluga“ nach einer aufregten Fahrt eingetroffen. Sie verlor im Arktischen Meer 7 Mann. Während der Verlorenung eines Walfrisches am 10. September nahm die Bark alle Schiffbrüchigen des arktischen Dampfers „Dante“ auf, welcher gegen einen Eisberg gerannt und gesunken war. Die Schiffbrüchigen befanden sich jedoch in einem derart erschöpften Zustande, daß sie sämtlich starben. Ihre Leichen wurden auf der Insel Gravel beigesetzt. — Im Krankenhaus Behanien in Berlin wurden gestern Nachmittag drei Dienstmädchen bei der Bedienung einer Dampfwäschrolle an die Wand gedrückt, wobei zwei sofort gestorben und das andere lebensgefährlich verletzt wurde. — Die in Berlin wohnhafte Ehefrau des Telegraphisten Debe istete ihr vierjähriges Söhnchen durch Gas. Sie selbst wurde in bedeutendem Zustand in das Kreis-Krankenhaus in Groß-Berlitz eingetiefert. Das Motiv zu der traurigen Tat in Familiendifferenzen zu suchen.

Deutscher Reichstag.

166. Sitzung, Montag, den 23. November, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: von Sydow, von Rhein-

Die erste Beratung der Reichsfinanzreform wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Wiemer (freisinnige Volkspartei):

Der preussische Finanzminister wies gestern auf die Kultur-

Freiwillig sind wir bereit,

an der Besserung der Finanzen mitzuarbeiten.

Reichsvermögenssteuer

hat der preussische Finanzminister schwere Geschütze aufgeföhrt.

Das Brauntweinmonopol und die Vandoelensteuer

sind für uns unannehmbar.

Abg. Zimmermann (Antisemit):

Der Reichskanzler empfahl uns das Sparen.

Steuerhinterziehung haben. Man darf die Reichsfinanzreform nicht,

Abg. Schröder (Frei. Vereinigung):

Die Erfahrung zeigt, daß für große Reiche schon ein zwei-

bet den Auswüchsen für unser Meer

und unsere Flotte möglich aber in einer gründlichen Reform unserer

In Bezug auf die einzelnen Gesetze schließe ich mich dem an,

Preussischer Finanzminister von Rheinbaben

weist die soziale Fassuna der vorgeschlagenen Vandoelensteuer.

Abg. Frhr. v. Camp-Maffraunen (Reichspartei):

Noch keine Vorlage ist so beifällig wie diese im Lande auf-

Reichskanzler Sydow protestiert gegen die Behauptung

Abg. v. Bayer (Süddeutsche Volkspartei):

Steuern bewilligen ist ein unklarer Geschäft und die Finanz-

Reichskanzler Sydow protestiert gegen die Behauptung

Abg. Reinbacher (fr. Abt.):

Wir sehen in der Vorlage eine Verbesserung, die aber nicht entfernt unseren Erwartungen

Abg. Wolff (fr. Abt.):

Das Kommunalsteuerprivileg ist nach dem Gesetze von 1822 nichts anderes als ein

politischen Rechte ihm geboten wird, die wir uns ebenfalls ent-

Reichskanzler Sydow verteidigt gegenüber dem Vorredner

Darauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung, Montag, den 23. November, Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Freiherr von Rheinbaben, von

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung

des Gesetzentwurfs betreffend die

Geranziehung der Beamten zur Gemeinde-

Einkommensteuer.

Minister des Innern von Moßke: Der Entwurf ist be-

Abg. Gerold (Zentrum): Durch die Vorlage werden

Abg. v. Groeben (Cons.): Meine Freunde sind von

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Das Einkommen-

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Abg. v. Rheinbaben (natl.): Die Geranziehung der

Personen Kosten auferlegen wie er wollte. Der konstitutionelle Gesetzgeber von heute wird sich auf den Standpunkt stellen müssen, daß der Staat seine Pflichten gegenüber den Beamten selbst zu erfüllen und nicht andere dazu heranzuziehen hat. Daran ergibt sich, daß das Beamtenprivileg heute keine Berechtigung mehr hat, sondern daß der Staat die Mittel zu beschaffen hat, um die Befolgung des Steuerprivilegs der Beamten durchzuführen. Dazu kommt, daß inzwischen noch ein großes Meer von mittelbaren Staatsbeamten dazugekommen ist. Die Beamten wünschen vielfach selbst die Aufhebung dieses Privilegs, weil sie es als ungerechtfertigt empfinden. Die sogenannten historischen gewohlenen Zustände rücken nach Moder; je eher wir sie beseitigen, desto mehr gelangen wir zu einem modernen Staat. Wenn diese Vorlage Gesetz wird, heißt es nicht Preußen in Deutschland voran, sondern Preußen in Deutschland an letzter Stelle! (Bravo! links.)

Abg. Storch (Sozialdemokrat):

Mit der Vorlage sind wir einverstanden, bebauern es aber, daß die Regierung auch hier wieder auf halbem Wege stehen geblieben ist und nicht die Steuerfreiheit der Beamten vollständig aufgehoben hat. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die 10 Millionen, die für die Entschädigung abgefordert wurden, sich in Laufe der Jahre vermindern würden. Graf v. B. Goeben sprach von einem Geschenk an die großen Städte. Man könnte umgekehrt sagen, daß bisher die großen Städte dem Staat ein Geschenk gemacht haben; allerdings nicht freiwillig. Ein Drittel der 10 Millionen-Entschädigung würde allein auf Berlin und Umgebung entfallen. Von dem Voranschlag Herold, die Hälfte des Steuerprivilegs von den Beamten zu erheben, verspreche ich mir nicht viel. Wir verlangen die völlige Beseitigung des Steuerprivilegs. Die Beamten werden die Aufhebung des Privilegs ebenfalls begrüßen, denn sie erhalten dann auch die vollen Rechte in den Gemeinden. Wenn Beamte durch höhere Steuerzuschläge in einzelnen Gemeinden benachteiligt werden, so ist es Sache der Staatsverwaltung, diesen Nachteil durch Erzulassung auszugleichen. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Von verschiedenen Rednern ist bereits dagegen Einspruch erhoben, daß nicht auch den Geistlichen und Lehrern das Privileg genommen wird. Auch wir sind der Meinung, daß es sich empfiehlt, diese Klasse von Beamten nicht anders zu behandeln als die anderen Beamten. Die angeführten historischen Gründe, die ich augenblicklich nicht nachprüfen kann, könnten jedenfalls höchstens für die Geistlichen in Betracht kommen. Natürlich müßte den Lehrern dann auch das Recht gegeben werden, als Stadtratsmitglieder gewählt zu werden. Das ist übrigens den Gemeinden nur zum Vorteil gereichen. Herr Reichardt meinte, wenn wir die Wahl hätten zwischen der Städteordnung von 1808 und der heutigen, würden wir ohne weiteres die von 1808 nehmen. Dem kann ich doch nicht so ganz beistimmen, denn die Städteordnung von 1808 enthält ein Gemeindewahlrecht und das Hausbesitzerprivileg in viel stärkerem Maße als die heutige. Wenn ich aber die Ausführungen des Herrn Reichardt dahin interpretieren kann, daß es notwendig ist, die Bedanken, die der Städteordnung von 1808 zu Grunde liegen, mehr auf das heutige Gesetz zu übertragen. Und wir damit wohl einverstanden sein. Ich würde es mit Bedauern begrüßen, wenn es zu einer prinzipiellen Änderung der Städteordnung unter Beseitigung ihrer realen Bestimmungen käme, wie es den Wünschen der weitaus großen Masse entspricht. Gelasse es, den Geist, von dem Reichardt von Stein befehl war, auf die heute geltende Städteordnung zu übertragen, so wäre das für das Andenken des Reichardt von Stein die würdige Feiertag. (Bravo! links.)

Abg. Stroffer (konf.) wünscht, daß die Staatsregierung mehr als bisher von ihrem Rechte Gebrauch mache, den Kommunen die Erhebung von Steuerzuschlägen über 100 Prozent zu untersagen. Nach weiteren Bemerkungen des **Abg. Hausmann (natlib.)** wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Die Vorlage geht an die verstärkte Gemeindefiskalkommission. Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt.

Justizminister Reiser: Der Entwurf enthält im wesentlichen daselbe wie die von dem letzten Landtag wegen Schlußes der Session nicht verabschiedeten Vorlagen. Die Regelung dieser Materie ist wiederholt von verschiedenen Seiten dringend gefordert. Abgesehen von dem Beschluß des heutigen Antrags und Anregung aus konstitutionellen Kreisen hat auch dieses hohe Haus diesen Wunsch wiederholt geäußert. Auch ein entsprechender Entwurf für die Reichsbeamten, der sich im wesentlichen mit dem vorliegenden deckt, liegt vor. Eine Haftung des Staates für Amtspflichtverletzungen seiner Beamten kann das Ansehen des Staates nur heben. Die Vorteile im übrigen liegen auf der Hand. Der Geschädigte wird nicht als einen zahlungsunfähigen Gegner vor sich sehen. Es ist nicht Zweck des Gesetzes, die Amtspflicht der Beamten, die ihm nach dem bürgerlichen Gesetz obliegt, aufzuheben, sie soll nur anders geregelt werden. Dem Staate bleibt die Regresspflicht gegen den Beamten, sonst läge die Gefahr vor, daß die Beamten es an der nötigen Sorgfalt fehlen ließen. Bei Kommunalbeamten tritt an die Stelle des Staates der Kommunalverband; bei Lehrern und Lehrern der Schulverband. Gegen die Haftung des Schulverbandes hatten sich damals lebhaft Bedenken erhoben. Die Regierung glaubt aber, von dieser Haftung nicht absehen zu können, zumal in der Praxis solche Fälle selten vorkommen werden und bei weniger leistungsfähigen Gemeinden auch der Staat helfend eingreifen hat. Die Regierung ist gewillt, in den Etat einen Betrag einzustellen, der ausschließlich diesem Zwecke dienen soll. Ich hoffe, daß der Entwurf von dem Hause mit Wohlwollen aufgenommen werden wird.

Abg. Boehmer (konf.) beantragt die Überweisung der Vorlage an die von liberaler Seite als ein Fortschritt in staatsrechtlicher und sozialer Beziehung bezeichnet worden. Wir können diesen Standpunkt nicht teilen. Wir vermögen zunächst den Beweis für ein Bedürfnis zu dieser Vorlage und sind weiter der Meinung, daß die Materie nicht nur vom theoretischen und politischen Standpunkt, sondern vor allem mit Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Wirkung behandelt werden muß. Wir wissen nichts von bestimmten Verhältnissen auf diesem Gebiete, durch welche das Rechtgefühl des Volkes verletzt werden wäre. Bei Vergehen von Staatsbeamten insbesondere von Gerichtsvollziehern erkennen wir eine Haftung des Staates als berechtigt an. Dagegen stimmen wir entschieden gegen eine Haftung der Kommunalverbände, denen die Zweckverbände, Ortsbürger und Amtsbezirke gleichgestellt werden, denn hierdurch würden sehr häufig schadhafte Schulden getroffen werden. Es wäre z. B. nicht anzuschließen, daß ein Dorf für einen Staatsbeamten wegen Anstellung eines falschen Scheidens für eine hohe Summe haften müßte. (Sehr richtig! rechts.) Wir halten es nicht für angebracht, nur um des Prinzips willen die Kommunen schwerer wirtschaftlichen Schädigungen auszuliefern. Ganz unannehmbar ist für uns die Haftung der Schulverbände. Für die Lehrer sollte vielmehr der Staat die Haftung übernehmen. Letzteres wird die Frage bezüglich der Kirchgemeinden durch den Entwurf nicht geregelt; daher könnte man auch die Schulverbände fortlassen. (Bravo! rechts.)

Abg. Reinhard (Zentr.): Wir sind mit dem Antrag auf Überweisung der Vorlage an die verstärkte Justizkommission einverstanden. Nachdem fast alle größeren Bundesstaaten und auch das Reich diese Materie regeln, halten wir diese Regelung auch in Preußen für notwendig. Aber auch wir haben schwere Bedenken gegen den vorliegenden Gesetzentwurf. Ueber die Frage, ob ein Beamter sich ein Verschulden hat zu Schulden kommen lassen, muß der ordentliche Richter entscheiden, die Erhebung des Kompetenzkonfliktes lehnen wir ab. Auch den Bedenken des Herrn Vorredners gegen die Haftung der Kommunal- und Schulverbände schließen wir uns an. Wir sind aber durchaus keine prinzipiellen Gegner der Vorlage, sondern hoffen, daß sie in der Kommission eine Gestalt erhält, die uns die Zustimmung ermöglicht. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Mühlhölzer (natlib.): Meine Freunde sind mit der Vorlage einverstanden. Die Fälle, welche Herr Boehmer vermisse, habe ich feinergeteilt ansehnlich angefaßt und gerade daraufhin hat Herr Boehmer erklärt, seine Freunde würden dem Antrag auf Vorlegung eines solchen Gesetzentwurfes zustimmen. (Sehr richtig! links.) Bedenken im einzelnen haben auch wir insbesondere gegen den Kompetenzkonflikt.

Abg. Mevius (konf.): Wir halten das Gesetz für nützlich, teilen die für notwendig. Gegen die Gefahren der Haftung können sich die Schulverbände usw. leicht verteidigen.

Abg. Casel (natlib.): Das Gesetz entspricht einer alten Programmforderung meiner Partei. Ueber die Berechtigung des Schadensanspruches müssen auch nach unserer Meinung die ordentlichen Richter entscheiden. Wir unbillig halten wir, daß Gemeinden haften sollen für Vergehen von Lehrern, die gornicht von ihnen angefaßt sind; hier muß die Haftung des Staates, der die Anstellung vornimmt, eintreten. In der Kommission werden wir Herrn Boehmer eine ganze Reihe von Fällen vorführen, welche dies Gesetz als eine Notwendigkeit erweisen. Von einer großen Belastung der Steuerzahler durch die Vorlage kann keine Rede sein; wir haben das Vertrauen zu unserem Beamtenstand, daß solche nur selten vorkommen werden. (Bravo! links.)

Abg. Rippmann (Zentr. B.): Wir halten das Gesetz ebenfalls für notwendig und nützlich. Die Erhebung des Kompetenzkonfliktes lehnen wir ab. In allen anderen Bundesstaaten und auch im Reich wird die Entscheidung, ob eine Amtspflichtverletzung vorliegt, durch die ordentlichen Richter getroffen.

Abg. Heimann (Sozialdemokrat):

Trotzdem meine Freunde in der verstärkten Justizkommission keinen Sieg haben sollen, werde ich mich bemühen, mich kurz zu fassen. Mir ist in die fast einhellige Freude der bürgerlichen Parteien über diesen Entwurf ein Jucken das für, wie unbedeutend die Beschwerden man in Preußen geworden ist. Der Grundlag, daß der Staat haften sollte für Vergehen seiner Beamten, scheint mir eine ganz selbstverständliche Forderung jeder Gerechtigkeit zu sein, und es dürfte wohl in keinem anderen Parlament möglich sein, daß die Notwendigkeit eines solchen Entwurfes noch bestritten wird. Die Staatsregierung ist sich ja schon seit sehr Jahren darüber klar, daß der bestehende Zustand nicht haltbar ist; aber sie hat nach dem beabsichtigten Grundlag gehandelt; auch nach dem (das Kundende nicht bezogen). Dies wäre es weit erwünschter, wenn die Materie rechtsgesetzlich geregelt werden könnte. Dann wäre vor allem die Möglichkeit gegeben, anzukämpfen gegen die Bestimmung des § 2 der Vorlage, die eine außerordentliche Härte gegen die Arbeiter bedeutet. Wenn nämlich ein Arbeiter infolge der Anordnungen eines Beamten verunglückt, so kann er im äußersten Falle auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes nur einen Anspruch auf höchstens drei Viertel des erlittenen Schadens stellen, und nur in dieser Höhe haften nach dieser Vorlage der Staat, abgesehen von dem Fall, daß der Schaden von dem Unternehmer oder Betriebsführer aus Vorfall herbeigeführt ist und daß dies durch strafgerichtliches Urteil festgestellt wird, was natürlich nicht vorkommen wird. Wird ein solcher Mann ein Millionär, durch Amtüberdrehung eines Beamten geschädigt, so tritt der Staat in voller Höhe für diesen Schaden ein. Ich habe dies nur erwähnt, um auch an dieser Stelle auf die Unmöglichkeit eines solchen Zustandes hinzuweisen: im Rahmen dieses Gesetzes wird dagegen leider nicht viel zu machen sein. Dagegen haben wir die schwersten Bedenken gegen die Zulassung der Erhebung des Kompetenzkonfliktes in § 2. Der Justizminister hat bei der damaligen Kommissionsberatung auf das bestmögliche erklärt, daß ohne den § 2 die Vorlage für die Regierung unannehmbar sei. Der innere Grund für dieses Vorhalten an dem § 2 kann nur in einem Mistrauen der Staatsregierung gegen die ordentlichen Gerichte liegen. (Sehr wahr! bei den Sozial.) Früher mag die Erhebung des Kompetenzkonfliktes gerechtfertigt gewesen sein, als man dadurch die einzelnen Beamten der Verantwortlichkeit durch Verurteilungen infolge unrichtiger Aufträge schützen wollte. Aber dieser Grund fällt nach der allgemeinen Staatshaftung doch fort. (Sehr richtig! links.) Aber die ordentlichen Gerichte sind eben nicht so dumm und dreifach gestickt wie das Oberverwaltungsgericht und die kaiserliche Bureaukratie sträubt sich sehr, von ihren Verantwortlichkeiten auch nur ein Dinkeln aufzugeben. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Wenn die Möglichkeit gegeben wäre, jeden auch nur vermeintlichen Übergriff von Beamten vor den ordentlichen Richter zu bringen, so würde gerade dadurch das Ansehen der Beamten im Volke erhöht werden. In England, wo diese Möglichkeit besteht und wo die ordentlichen Gerichte häufig mit geradezu draconischer Strenge gegen Beamte vorgehen, hat gerade dieser Umstand nach meiner Überzeugung zu dem hohen Ansehen geführt, das auch die unteren Verwaltungsorgane des Staates in England genießen. Die Verantwortlichkeit geschieht auf Grund des Gesetzes von 1854. Sie kommt also aus der Zeit der strengsten Reaktion, in der die Staatsregierung mehr noch als heute sich als Herrin des Staates fühlte und die Bürger als ihre Untertanen ansah. Wenn man freilich manche Reden Wilhelm II. liest, wird man finden, daß auch heute die Untertanenidee noch nicht ganz ausgegessen ist. (Sehr wahr! bei den Sozial.) Vor allem spricht gegen den § 2 auch die Tatsache, daß für Reichsbeamte der Konflikt nicht erhoben werden kann. Auch in die Tatsache nicht bestreiten werden, daß man in anderen Bundesstaaten den Konflikt überhaupt nicht kennt. Die Reden des Entwurfes sagen, man brauche das Sicherheitsbedenken des Konfliktes, weil sonst die Ansprüche an den Staat sich zu sehr steigern würden. Andererseits aber betont man, daß die Kommunalverbände die Haftung für Verletzungen auch von solchen Beamten die vom Staate unter nur ganz geringer Mitwirkung der Kommunen angefaßt werden, übernehmen können, weil die Kosten doch nur sehr geringe sein würden. Dann ist uns weniger einzufallen, warum

der Staat fürchtet, ihm würden durch die Übernahme der Haftung zu große Kosten entfallen. Alle diese Gründe, deren innerer Gehalt und Nützlichkeit offen zutage liegt, werden eben nur herbeigeholt, weil man ein Waage mit 1, das man seit 1854 in Händen gehabt hat, nicht aus der Hand geben will. Inwiefern erscheint uns weiter die Bestimmung des § 1, Absatz 2, monach der Staat den Schadenersatz der Schädigungen, die der Beamte im Zustande der Bewußtlosigkeit oder bei krankhafter Erbringung der Selbsttätigkeit verursacht hat, nur übernehmen soll, falls es die Billigkeit erfordert. Dadurch wird das Grundprinzip des Entwurfes über den Hausen geworfen. Anstatt des Rechtsanspruches des Geschädigten tritt hier das unklare Prinzip der Billigkeit. (Sehr wahr! bei den Sozial.) In anderen Staaten, wie Bayern und Württemberg, ist man nicht so zaghaft. Daß in Preußen die Billigkeit nur recht selten anerkannt werden wird, geht klar aus den Motiven hervor in denen es ausdrücklich heißt, daß in solchen Fällen eine Haftung des Staates nur in gewissem Umfange anerkannt werden könne. Wir erkennen also an, daß das Gesetz gegen den bestehenden Zustand keine Verbesserung bedeutet, bedauern aber, daß dieser Vorschritt beschwert wird mit einer Reihe einschneidender Bestimmungen, denen nur eine innere Berechtigung nicht zuzuerkennen können. (Bravo! bei den Sozial.)

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an die verstärkte Justizkommission.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Vizepräsident Dr. Krause schlägt vor, die Festsetzung des Zeitpunktes und der Tagesordnung der nächsten Sitzung dem Präsidenten zu überlassen.

Abg. Freiherr von Reibitz (freikonsf.) wünscht, daß beim Wiederzusammentreten des Hauses die Anfrage auf Abänderung des Vergesetzes auf die Tagesordnung gesetzt werden. (Vizepräsident Dr. Krause sagt: Ermöglichung dieses Wunsches zu.)

Abg. Borgmann (Soz.) regt an, daß die Interpellation des Zentrums über die Arbeitslosigkeit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werde und führt Beschwerde darüber, daß in die verstärkte Justizkommission kein Sozialdemokrat entsandt werden solle, obgleich für die Justizkommission die Mitgliedschaft eines sozialdemokratischen Abgeordneten vorgesehen war.

Vizepräsident Dr. Krause: Es handelt sich hier um eine neue Interpellation, und nach den Vereinbarungen war eine andere Besetzung nicht möglich. Eine andere Anregung des Herrn Vorredners wird auch erhoben werden. So viel ich weiß, entspricht es der Absicht des Herrn Präsidenten, diese Interpellation auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Der Vorschlag des Präsidenten wird angenommen.

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratische Erfolge in der Gemeindeverwaltung. In der etwa 8000 Einwohner zählenden Vorortgemeinde Debschowitz bei Gera sind unsere Genossen seit Jahren maßgebend in der Gemeindeverwaltung. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Gemeinderates haben nun, ohne daß der Steuerzahler etwas zu verdienen mußte, zahlreiche Verbesserungen durchgeführt; sie haben für den Bau einer Wasserleitung gesorgt, die Straßen sind in musterhaftem Zustand, gegen vielfache Wilderwüchse der Regierung und des Landbauamtes ist der Bau einer modernen Schule durchgeführt worden, nach einem Vertrage mit der Stadt Gera ist Gasbeleuchtung eingeführt, eine Kinderbewahranstalt und ein großer Spielplatz sollen demnächst erbaut werden. Auch auf den weiteren Gebieten des Schulwesens und der Gesundheitspflege haben unsere Genossen hübsche Fortschritte erreicht. Der finanzielle Stand der Gemeinde hat sich gegen früher sehr verbessert. Das haben selbst die Gegner in einer Versammlung des Bürgervereins offen anerkannt. Man erklärte dort: Früher bei der bürgerlichen Mehrheit seien Fehler und Untertassungsstände in der Verwaltung, der Tätigkeit des sozialdemokratischen Gemeinderats aber müsse man Anerkennung gönnen. Das hinderte dieselben bürgerlichen Gegner freilich nicht, ganz im geheimen alle Kräfte bis auf den letzten Mann zu sammeln, und bei der letzten Wahl einen Vorstoß gegen unsere Genossen zu machen, der indessen nicht stattfand: denn die sozialdemokratische Liste drang wieder mit großer Mehrheit durch.

Arbeiterbewegung.

Vergarbeiterstand wegen mangelhafter Sicherung des Grubenbetriebs. Auf Grube Merlenbach der Saar-Roselbergwerksgesellschaft ist wegen angeblicher mangelhafter Sicherung des Grubenbetriebs ein Ausstand ausgebrochen. Zur Frühlingszeit am Sonnabend sind von 500 Arbeitern 280, zur Mittagszeit von 388 Arbeitern 360 nicht angetreten. Es handelt sich um einen, nach Angabe der Direktion bedeutungslosen Fährbrand und Gefahr habe nicht bestanden.

Was heißt den Bergarbeitern anderes als die Selbsthilfe, wenn die einfachsten und selbstverständlichen Schutzvorrichtungen angebracht werden verweigert werden. Daß der Staat nicht an einen durchgreifenden Bergarbeiterschutz denkt, zeigt die Rede des Ministers Debes im preussischen Abgeordnetenhaus, worin ausdrücklich abgelehnt wird, Grubenkontrollen aus den Arbeitern zu nehmen.

Christlicher Wahlschwindel. Vor dem Schöffengericht in München-Gladbach hatte sich Genosse Widus vom Deutschen Territarbeiter-Verband wegen Verleumdung des christlichen Arbeitervereins Wessels zu verantworten. Bei den vorjährigen Gewerbegerichtswahlen in München-Gladbach hatte sich Wessels von der Polizeibehörde mehrere hundert unangefüllte, unterstempelte Blankoformulare für Wahlberechtigungsbescheinigungen geben lassen, angeblich, um sie auszufüllen, wenn das Polizeibureau schon geschlossen sei. Wessels gab dem Polizeibureau sein Ehrenwort, daß mit den Bescheinigungen kein Mißbrauch getrieben werde. Das Gericht trat ein, die Christlichen betrieben mit polizeilichen Bescheinigungen die unverschämtesten Wahlmanöver. Jeder, der christlich wählen wollte, erhielt eine Wahlbescheinigung, auch Leute, die schon einmal gewählt hatten. Die Wahl, die natürlich mit einem Siege der Christlichen endete, wurde dann auch wegen dieser Schwindelereien vom Bezirksausgang falliert. Genosse Widus hatte nun den christlichen Führer Wessels wegen dieser Vorkommnisse in mehreren Flugblättern heftig angegriffen, worauf Wessels dann nach fünf Monaten endlich klagte. Die Zeugenaussagen bestätigten im wesentlichen die obigen Angaben, selbst christliche Gewerkschafter mußten die Mogelkarten ausgeben, nur ließ sich nicht nachweisen, daß Wessels an den Angelegten beteiligt war. Das Gericht hielt auch den Wahrscheit's Beweis, soweit es sich um die Wahl-Mogelkarten handelte, für erbracht, verurteilte jedoch unsern Genossen wegen formaler Verleumdung des Wessels zu 60 Mark Geldstrafe. Dem Wessels seien persönlich ehrenrührige Vorwürfe gemacht worden, die in der Form beleidigend seien, und für die der Beweis nicht geführt sei.

Der Meid und Maß

der Konkurrenten ist der beste Beweis dafür, wie unangenehm sie es empfinden, daß „Kathreiners Malzkaffee“ sich der steigenden Beliebtheit der nach Millionen zählenden Anhänger erfreut.

Wer „Kathreiners Malzkaffee“ noch nicht kennt, mache einen Versuch und kaufe ein Paket für 10 Pf. überall erhältlich!